

# Volkswacht.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Mittwoch, 11. Februar 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Inseratenpreis für die 6 gespaltene Petitzeile beträgt 20 Pf.

## Programm der sozialistischen Partei Deutschlands.\*)

Beschlossen auf dem Einigungskongress der deutschen Sozialdemokraten zu Gotha (22. bis 27. Mai 1875) und revidiert auf dem Parteikongress zu Witten (20. bis 23. August 1890).

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinsamer Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundfragen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselben den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktionsgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

\*) Da seitens der bürgerlichen Parteien neuerdings aus Anlaß der Veröffentlichung der von Karl Marx'schen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ ein Kreuzfeuer von Leitartikeln, Entreflets und Anekdoten auf uns und unser Programm eröffnet wurde, so drucken wir vorstehend das sozialdemokratische Programm in seiner bisherigen Fassung zum ersten Male in der „Volkswacht“ ab, damit Freund und Feind über seinen wirklichen Inhalt sich unterrichten können. Hierbei verweisen wir auf den in der Probenummer enthaltenen Artikel der „Volkswacht“: Unser Programm und der Parteitag von Halle a. S. Er enthält kurz gefaßt unsere Ansichten bezüglich des alten sowie des neu zu schaffenden Parteiprogramms.

Im Anschluß an obige Wiedergabe des Programms von 1875 werden wir nun in einer Folge von Aufsätzen die „Randglossen“ von Karl Marx wörtlich veröffentlichen, nachdem wir dieselben in letzter Zeit wiederholt in der „Volkswacht“ zur Sprache gebracht und die einleitenden Briefe von Engels und Marx dazu in der letzten Nummer (Nr. 34) der „Volkswacht“ an der Spitze des ausländischen Teiles durch Abdruck der Öffentlichkeit übergeben.

Schließlich werden wir nicht vergessen, im Anschluß an die Glossen in einem besonderen Schlussartikel unsere Auffassung der Sache auszusprechen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

- 1) Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
- 2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
- 3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
- 5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
- 6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

- 1) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
- 2) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
- 3) Unbeschränktes Koalitionsrecht.
- 4) Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
- 5) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
- 6) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
- 7) Regelung der Gefängnisarbeit.
- 8) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiter-Hilfs- und Unterstützungskassen.

## Nun wissen wir es. Unsere taubstummen Kinder.

Unlängst wies der Hauptredakteur der „Volkswacht“ auf die vielgerühmte Sittlichkeit der höheren Schichten der Bevölkerung in einem öffentlich gehaltenen Vortrage hin, wobei er sich auf folgende allgemein bekannt gewordene Tatsache bezog:

„Kürzlich wurde, ohne daß man im Publikum eine Ahnung hatte, der Vorstand und erste Lehrer der Kreis-Taubstummenanstalt der Pfalz zu Frankenthal, Taubstummen-Hauptlehrer Ernst Rabner, verheirateter Familienvater, gebürtig aus Gersdorf in Oberfranken, plötzlich in seiner Wohnung verhaftet. Ihm liegen eine Reihe Verbrechen nach § 174 Ziffer 1 R.-Str.-G.-B. zur Last. Des weiteren soll sich ergeben haben, daß gegen den Verhafteten, der als Vorstand besagter Anstalt auch das Rechnungswesen leitete, auch Verbrechen im Amte vorliegen. Die Sittlichkeitsverbrechen wurden schon vor Jahren an Mädchen begangen, die der Obhut dieses Menschen anvertraut waren. Seitern früh nun wurde auch der dritte Lehrer dieser Anstalt, Philipp Henrich, nachdem er noch abends vorher einen von ihm geleiteten Gesangsverein bei einer Vereinsfeier

birigirt und bis Tagesgrauen der Feier beigewohnt hatte, wegen derselben Delikte wie sein Amtsvorstand verhaftet.“

Ganz abgesehen aber von diesem skandalösen Vorkommnis, verdient die Art der pädagogischen Behandlung der Schüler in den Taubstummenanstalten nicht nur die sorgfältigste Aufmerksamkeit der Kreise der Fachmänner, sondern auch weit darüber hinaus reges Interesse in allen Schichten unseres Volkes. Denn diese von der Natur unglücklich Veranlagten sind überall zu finden, in der elendesten Hütte ebenso wie in dem modern ausgestatteten Prunkpalast.

Schlenderte ich da jüngst durch die Straßen unserer Provinzialhauptstadt. Nichts zu suchen war mein Sinn. Gleichgiltig blickten meine Augen umher, da, sei es aus Gewohnheit, sei es Zufall, ich blieb vor dem Schaufenster einer Buchhandlung stehen. Zwei sonderbare Büchertitel hatten meinen Blick gefesselt. Sonst interessire ich mich fast nur für Schriften über die soziale Frage, diesmal trat mein Geist aus dem Rahmen der Fachwissenschaft heraus. Ich las: „Ein Notzettel der Taubstummen“ von J. Heidsiek, ordentlicher Lehrer an der Taubstummen-Anstalt zu Breslau; und „Die hundertjährige Marter der Taubstummen und ihrer Lehrer“ ein Bed- und Mahnruf an die deutschen Regierungen von A. Fiebig.

Wie bekannt gelten wir bei vielen Segnern für eitle Gefühlschwärmer, die mit einem Schläge alles Elend aus der Welt jagen wollen. Diese unklare Gefühlsbuselei mag wol die Ursache gewesen sein, daß ich nicht allein für die Marter des Volkes, sondern auch für die der Taubstummen und ihrer Lehrer Interesse hege. kurz, ich trete ein und kaufte die Bücher mit den Titeln. Was ist der Inhalt? Ein Beweis für die unerhörte Denkschwäche der schuldigen Interessenten, unsere Leser werden wissen, wo dieselben sitzen. Wir zitieren aus dem letztgenannten Buche die Stellen, die nach unserem Dafürhalten am besten geeignet sind, den Leser mit dem Inhalt der Bücher bekannt zu machen: „Als die Unnatur der Buchstabiermethode erkannt wurde, erregte sie dermaßen den Unwillen der Pädagogen, daß Samuel Heinicke, welcher vor hundert Jahren den jetzigen Taubstummenunterricht begründete, die Lesemethode des Buchstabirens als „das größte Uebel nach der Erbsünde“ bezeichnete.

Kein geringeres Verbrechen am gesunden Menschenverstand ist die „deutsche Methode“, nach welcher die taubstummen Zöglinge, vorzüglich deutscher Taubstummenanstalten, in der Lautsprache (!) der Volkstümlichen unterrichtet werden.

„Uns deutschen Taubstummenlehrern wollen die Augen nicht aufgehen, aber den armen Taubstummen gehen sie über“, ruft ein Fachmann seinen Standesgenossen zu.

Das Mitleid mit den bedauernswerten Opfern eines unglückseligen Irrtums drängte mich zur vorzeitigen Veröffentlichung dieser Zeilen.

Was nun das Wesen der deutschen Methode betrifft, habe ich aus der Schrift soviel ersehen, daß man in den Taubstummenanstalten darauf ausgeht, den taubden Kindern unsere Lautsprache beizubringen. Unser kurzer, nicht maßgebender Unterianenverstand würde das Unterfangen schlanweg für Blödsinn erklären, aber die gelehrten Herren um grünes, theoretischen Tisch denken also: „Jedes Wort erfordert b. seiner Aussprache eine eigentümliche Anwendung und Stellung der Sprachwerkzeuge, vornehmlich der Zunge, der Gedanken

**Nebliches Werkzeug.** Diese ganz bestimmte Mundstellung bildet gewissermaßen die sicht- und fühlbare Wortform, die Wortgestalt oder das Wortgefäß, und wenn der Sprechende — so schließt man — durch die Wortform einen Luftstrom stößt, müsse auch der gerade dieser Wortform (Mundstellung) spezifisch eigene Ton oder Laut des Wortes entstehen oder ausgelöst werden, weil der Hauch immer gerade den Klang oder den Wortlaut annehme, welchen die Gestalt der Wortform oder der Mundstellung bedingt. Wenn es nur möglich ist — so sagen die Begründer und Verteidiger der deutschen „Methode“ — den taubstummen Jüngling soweit zu fördern, daß er vermittelt des Gefühls und des Gesichtes die richtige Wortform (bestehend aus: Kehlkopf-, Zungen- und Mundgebärde) nachbildet, so mache ihnen der Ton oder der Laut des Wortes weiter keinen Kummer: dieser muß ja alsdann seiner Wortform ganz von selbst entströmen. „Denken Sie nur“, erzählte mir\*) kürzlich ein biederer Handwerksmann, „jetzt sollen die Taubstummen ganz so sprechen lernen, wie wir, ich hab's aus der Zeitung. Auf einem Kongress in Paris hat ein Professor Taubstumme vorgeführt, welche bereits so stark hauchen konnten, daß sie ein brennendes Talglicht auf Armlänge auszublasen im Stande waren, und wenn sie erst zu hauchen verstehen, müssen sie auch sprechen lernen.“

Wir haben durch das mutige und zuversichtliche Auftreten des Verfassers den Eindruck erhalten, daß derselbe auch seiner Sache gewiß ist und in der verheißenen Fortsetzung dieselbe glücklich zu Ende bringen wird. Derselbe führt eigentlich, wie er selbst sagt, nur die Ideen weiter, welche der hiesige Taubstummenlehrer Heibitzel angeregt hatte. Während diesem jedoch mehr das Gefühl und die miserablen Erfolge die Ueberzeugung von dem Blödsinn der geschilderten Unterrichtsweise aufgebrängt zu haben scheint, wirft jener durch streng logische Schlussfolgerungen das unvernünftige Lehrgebäude tatsächlich über den Haufen. Daß die letzten hundert Jahre wirklich eine unverantwortliche Marter der taubstummen Kinder gewesen sein müssen, dafür einige Proben aus:

„Ein Notzettel der Taubstummen“. In einer Taubstummenlehrer-Konferenz wurde über Folgendes diskutiert: „Bei Beurteilung der Aussprache sei benachteiligt a) Reinheit, b) Länge, Kürze und Betonung, c) Geläufigkeit maßgebend. Herr N. würde deshalb z. B. beim Worte „Blech“ zuerst „e“ möglichst rein üben, dann allmählig auf die Verbindungen ech, lech, Blech übergehen. Herr B. ist dagegen der Ansicht: in dem Worte Blech liege der Schwerpunkt auf „Bl.“; er übe zuerst „Blech“ und zwar hebe bebebe, dann bechbechbechbech, dann erst biblbiubl und bleblebleble, woraus endlich das Wort „Blech“ entstehe. „Blech“ und „Blech“ seien gleich lang; „l“ sei hier nur Uebergangslaut und müsse daher möglichst eng verbunden mit „b“ und kurz artikuliert werden, sonst erscheine das uns Taubstummenlehrern fattsam bekannte „Balch“. —

\*) Mit der folgenden Anekdote verspottet der Verfasser die Anhänger der deutschen Methode.

„Nunmehr dürfte der Lehrer sich ein schwaches Bild davon machen können, wie man gegenwärtig in den deutschen Taubstummen-Anstalten Blech, bligblankes Blech fabriziert.“

Ein anderes Beispiel moderner Grausamkeit finden wir auf Seite 48 der letztgenannten Broschüre: „Mit eigenen Augen habe ich gesehen, daß Taubstumme stundenlang mit auf den Rücken gebundenen Händen am Schultische saßen, um ihnen auf diesem Wege den Gebrauch der Geberde, welche mit Naturgewalt immer wieder bei ihnen durchbrach, unmöglich zu machen. Als der Lehrer H. in der Anstalt B. hospitierte, verließen zwei Schüler am Schlusse einer Religionsstunde blutend die Klasse. Wieviel Kinder würden wohl geblutet haben, wenn dieser glattrasierte Schultyrann nicht unter der Aufsicht eines auswärtigen Lehrers gearbeitet hätte! Der Direktor der Taubstummen-Anstalt in Sch. forderte die Lehrer im Hochsommer auf, Fenster und Türen fest zu schließen, da das vorübergehende Publikum sonst annehmen könne, die Taubstummen-Anstalt sei ein „Schlachthaus.“

Eine Familie, welche der „berühmten“ Anstalt in B-n gegenüber wohnte, gab die Wohnung auf, weil sie das Geräusch der Kriegsbrommete und das Geklimmer, welches aus der Anstalt drang, nicht länger anhören konnte. Den Lehrern der Taubstummen-Anstalt in N. war es vom Verwaltungsrate untersagt, die Kinder körperlich zu züchtigen; als Strafe durften sie hingegen den Jünglingen Nebenmahlszeiten oder den Genuß des Fleisches beim Mittagessen unterlagern. In dieser Anstalt ist ihm vorgekommen, daß einzelne schwachbefähigte Kinder in 6 bis 7 Wochen kein Stückchen Fleisch erwischt haben. Noch unglaublichere Geschichten könnte ich mitteilen, um jedoch kein Aergernis zu erregen, mag es genug sein. — Die Arbeiter sehen aber aus diesem Falle wiederum, welche haarsträubenden Experimente mit unseren Steuern bezahlt werden; denn die Taubstummenlehrer beginnen mit einem Mindestgehalt von 1500 Mk. und erzielen ein Höchstgehalt von 3000 bis 3800 Mk., der Direktor sogar ein solches von 4500 Mk.; dabei beträgt ihre Arbeitszeit höchstens 5 Stunden täglich bei einer Schülerzahl von nur 12 Köpfen.

Mindestens die Hälfte der Kosten hätte erspart werden können, wenn man, wie es die Vernunft fordert, die Taubstummen in ihrer Muttersprache, der Gebärdensprache unterrichtet hätte.

An dem nicht geringen Etat der 100 Taubstummenanstalten mit ihren 700 Lehrern hätten auf diese Weise längst bedeutende Abstriche durch Verminderung der Lehrerzahl gemacht werden können. Aber, wird der Lehrer fragen, wie reimt sich der Inhalt dieses Artikels mit seiner Ueberschrift?

Im Herbst vorigen Jahres wurde uns eine Broschüre zugesandt mit dem Titel: „Was kann die Sprache zur Lösung der sozialen Frage beitragen? Der Verfasser war nicht genannt. Immer wurde gedroht, unsere Bewegung mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Welches sind sie, wo bleiben sie? mußten wir immer fragen. Jetzt endlich wissen wir es genau, der anonyme Verfasser hat die groß-

artige Entdeckung gemacht. „Die Sprache“ — meint er — ist das beste, wenn nicht einzige Mittel zur Lösung der sozialen Frage“. Ja, ja, er hatte Recht, der ideale Mann, hinzuzusetzen, daß dieser Ausspruch unglaublich klinge. Der anonyme Autor mit der naiven Anschauung scheint nun nicht mehr das Licht der Öffentlichkeit, es ist der Verfasser, der oben besprochenen Schrift; in welcher er das Nachwerk über die soziale Frage als sein geistiges Eigentum anerkennt. Uebrigens, wenn schon kein Verständnis für die soziale Frage, so zeigt er doch ein mutiges und gefühloolles Herz für sein Volk; er fordert von den oberen Zehntausend weniger Wohlthaten aber mehr Liebe für dasselbe und Gerechtigkeit für die Juden. Vermutlich will er die Armut mit Worten füttern, da er von der Heilkraft der Sprache so sehr überzeugt ist.

Was bezwecken wir mit der Veröffentlichung dieser Zeilen? Eine der schändlichsten Lügen, durch die man uns verleumdet und welche gerade in jüngster Zeit vielfach kolportiert wird, ist die Behauptung, wir erkennen die geistige Arbeit nicht als solche an, Arbeiter wäre nur, wer mit den zehn Fingern arbeitet. Obige Schriften des letztgenannten Verfassers boten die Gelegenheit, dieser erbärmlichen Lüge einmal entgegen zutreten. Wir wissen wol den wahren Gelehrten von dem falschen zu unterscheiden. Für die meisten ist freilich in unserer Zeit die Wissenschaft nur eine Kuh, die sie mit Butter versorgt, sie studieren für's Amt aber nicht für's Volk. Dem wirklich Gebildeten, der die alten Ideen der Gegenwart anzupassen und darum schöpferisch zu arbeiten versteht, werden wir unsere Hochachtung nie versagen. So wünschen wir dem jungen Gelehrten für seine bahnbrechende Leistung auf dem Gebiete des Taubstummenunterrichtes die besten Erfolge und verdiente Anerkennung, die Erörterung der sozialen Frage aber möge er sich solange vom Leibe halten, bis er ihr Wesen einmal wirklich erkannt hat.

## Deutschland.

Minister Maybach reichte der „Köln. Ztg.“ zufolge, vor vier Wochen ein Abschiedsgesuch ein, das der Kaiser ablehnte, indem er Herrn Maybach anheimstellte, Urlaub zu nehmen. Gleich nach Erledigung seines Etats wolle der Minister den Urlaub antreten, von dem er aber wol nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde.

Der Rücktritt Waldersee's als Chef des Generalstabs ist von den verschiedenen Zeitungen eingehend kommentiert worden. Man hat sich dabei an den hochkirchlichen Zirkel erinnert, der sich in den letzten Jahren des Kaisers Wilhelm in seinem Hause versammelt hat und in welchem der damalige Prinz und jetzige Kaiser Wilhelm auch mit Stöcker zusammengeführt worden ist, ein Ereignis, welches geeignet war, bei den Liberalen damals große Beklemmungen nach zu rufen.

Es wird gesagt, wol um dem verabschiedeten Generalstabs-Chef den Rücktritt nicht allzu schmerzhaft

## Die Kloster-suppe.

Lebensbild aus einer Großstadt.

Vorbei ist die schöne Jahreszeit. Der Herbstwind treibt sein Spiel mit den fallenden Blättern, die zugleich mit großen, nassen Schneeflocken bald zur Höhe, bald nieder auf der Erde dahin getrieben werden. Es ist November.

Reges Leben herrscht um die Mittagsstunde in den Straßen der Großstadt. Besonders in einer Straße, deren eine Seite von einer Klostermauer begrenzt wird, bemerkte man viele Arbeiter, welche, vom Mittagessen kommend, den Kopftragen hoch, die Hände in den Taschen, mit eiligen Schritten trachten, in den Räumen der Werkstätte vor dem fürmlichen Wetter geschützt zu sein.

Eine ärmliche junge Frau geht, trotz der Witterung, langsam durch die Straße, sie scheint es nicht so nötig zu haben, dem schlechten Wetter auszuweichen. Langsam und sinnend, als wollte sie ihren Weg berechnen, überschreitet sie die Klostermauertüre bis zur Klosterpforte, jetzt bleibt sie stehen, ungeschlüssig, ob sie die Klosterpforte öffnen, oder ob sie wieder zurückgehen sollte.

„Ich muß“, waren ihre Worte, indem sie den Arm aus ihrem Umhangstuche hervorstreckte, um den Türdrücker zu berühren, zugleich sieht man einen Hentelkopf, welchen sie unter ihrem Umhangstuche verborgen hielt. Was will diese Frau? Vielleicht Kloster-suppe? Doch dafür ist es ja schon zu spät, die Suppe

wird um 12 Uhr ausgegeben und jetzt ist es bereits 1 Uhr.

Die Türe ist nun geöffnet. Die Frau überfreitet die Schwelle und betritt einen mit Solenhofensteinen gepflasterten Raum, in welchem sich majestätische Holzbank mit eben solchen Tischen befinden; ein großes altes Holzkreuz ziert die Wand, an der sich sonst nichts befindet als eine Armenjulettafel nebst Weihwasserfessel.

Raum hat die Frau die Türe geschlossen, als sich eine gegenüberstehende Türe öffnet, aus der sich zwei wolbelebte Männer bewegen, die sich in der Kleidung des Klosters befinden.

„Was wollen Sie, Frau?“

„Ich bitte um eine Suppe für meine Kinder.“

„Es ist zu spät, die Suppenzeit ist um 12 Uhr.“

„Ich weiß es und deshalb hatte ich ja um diese Zeit meine zwei Kinder hierher geschickt, aber diese wurden abgewiesen, und wurde ihnen der Auftrag erteilt, daß die Mutter kommen soll, und darum bin ich hier.“

„Als waren der Knabe und das Mädchen im Alter von 5 und 6 Jahren ihre Kinder?“

„Ja!“

„Diese Kinder waren uns unbekannt, weshalb wir die Eltern kennen wollten, um uns zu überzeugen, ob dieselben auch einer Unterstützung von unserer Seite bedürftig sind. Wie alt ist Ihr Mann?“

„Dreißunddreißig Jahre.“

„Und Sie?“

„Achtundzwanzig.“

„So jung noch? Wie kommt es, daß Sie von

uns Suppe wollen in diesen Jahren? Ihr Beide könnt ja arbeiten, wir geben nur Bedürftigen Unterstützung. Ist Ihr Mann krank?“

„Nein.“

„Warum arbeitet derselbe nicht?“

„Er ist Bauhandwerker und jetzt bei dieser Jahreszeit und schlechter Witterung außer Arbeit.“

„Bauhandwerker haben doch guten Lohn und es wäre nur notwendig, bei richtiger Zeit zu sparen, damit man in der Not etwas hat.“

„Sparen! Dazu sind wir ohnehin schon gezwungen. Da wir fünf Kinder haben und mein Mann sieben Köpfe zu ernähren hat, war es uns nicht möglich, Sparsparnige für die arbeitslose Zeit zurückzulegen.“

Nach einigem Nachdenken seitens der Brüder wurde der Frau bedeutet, sie solle ihre Wohnung nebst Namen angeben, damit man beim Hausbesitzer nachfragen kann, ob die Familie einer Unterstützung bedürftig ist. Die Frau aber verweigerte die Adressenangabe, da sie ja im Hause nicht wissen lassen will, daß sie betteln geht.

Als die Frau die Pforte verlassen, wünschte sie eine Träne aus ihren Augen. Ob die Brüder wol wissen, was Hunger ist? — — —

Wir befinden uns in einer Arbeiterwohnung; die Einrichtung ist einfach, aber zeigt von Reinlichkeit.

Auf einem schon stark abgenutzten Divan sitzen zwei Kinder im Alter von 3 und 4 Jahren, ein Bube mit 5 Jahren steht am Fenster der Mansarde und betrachtet den Schnee, den der Wind die Dachrinnen entlang weht. Ein Mädchen von 6 Jahren steht am Kinderwägelchen und spielt mit dem Kleinsten. Am

zu machen, der Kaiser wolle sich für den Fall eines Krieges die Oberleitung selbst vorbehalten. Indessen ist ein Nachfolger bereits bestimmt und zwar in dem bisherigen General-Quartiermeister General v. Schlieffen II, Bruder des kaiserlichen Adjutanten und Kommandanten von Berlin.

General v. Waldersee wird sich morgen früh nach Altona begeben, um das Kommando des neunten Armeekorps zu übernehmen. Es ist richtig, daß er gewillt war, sich in das Privatleben zurückzuziehen und daß ihm die kaiserliche Kabintensordre eine Ablehnung des ihm übertragenen Kommandos unmöglich gemacht hat.

Berlin. Der deutsche Landwirtschaftsrat beschloß, dem Reichskanzler eine Resolution zu überreichen, betreffend die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Frage des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter, sowie der strafrechtlichen Verfolgung des böswilligen Kontraktbruchs und der Verleitung dazu. — Wie steht es aber mit der Gefindeordnung?

Eine Zusammenstellung der seit 1. Januar 1889 bis Ende April 1890 in Deutschland vorgekommenen Streiks hat der Abg. Lieber als Referent der Arbeiterschutzgesetzkommission seinem Bericht angefügt, der übrigens mit großem Fleiße zusammengestellt, leider aber so umfangreich ist (er umfaßt 170 Folienseiten), daß die Abgeordneten schwerlich Zeit zu genügender Durchsicht desselben haben werden. Die erwähnte Zusammenstellung besagt, daß in dem oben bezeichneten Zeitraum im ganzen 1131 größere gewerbliche Arbeitseinstellungen stattgefunden haben, d. h. solche, bei welchen mehr als 10 Arbeiter beteiligt gewesen sind. Es waren hierbei 394 440 Arbeiter ausständig. Von diesen entfallen auf Preußen 289 283, Elsaß-Lothringen 82 390, Hamburg 26 002 und Sachsen 22 818. In den übrigen deutschen Staaten hatten die Arbeitseinstellungen einen wesentlich geringeren Umfang. Von den 394 400 ausständigen Arbeitern waren 264 407 oder gegen 67 Prozent angeblich kontraktbrüchig. In Preußen belief sich die Zahl der kontraktbrüchigen Arbeiter auf 210 664 oder gegen 73 Prozent. Hier waren von den nicht kontraktbrüchigen Arbeitern 46 299 kontraktlich zur jederzeitigen Einstellung der Arbeit berechtigt. In Preußen haben somit nur 32 320 Arbeiter die Arbeit eingestellt, d. h. etwa 11 Prozent von den 289 283 Arbeitern, die überhaupt ausständig waren. Unter den 394 440 im deutschen Reich ausständigen Arbeitern konnten 43 412, d. h. etwa 11 Prozent, Minderjährige ermittelt werden. Jedoch war die wirkliche Zahl der minderjährigen ausständigen Arbeiter noch größer, da bei vielen Arbeitseinstellungen die nachträgliche Feststellung ihrer Zahl nicht mehr zu bewirken war. Was das Ergebnis der 1131 Arbeitseinstellungen anlangt, so haben in 187 Fällen die Arbeiter ihre Forderungen gänzlich, in 463 Fällen zum Teil und 420 Fällen garnicht durchgesetzt. Das Ergebnis der übrigen Ausstände war zur Zeit der Beschaffung des Materials für die Zusammenstellung noch nicht bekannt. Von der Gesamtzahl der Ausständigen im Deutschen Reich entfielen 190 357 oder gegen 48 Prozent auf den Bergbau, 72 186 oder gegen 18 Prozent

auf das Baugewerbe, 47 166 oder gegen 12 Prozent auf die Textilindustrie, 16 665 oder gegen 4 Prozent auf die Metallindustrie, 68 066 oder gegen 17 Prozent auf die übrigen Gewerbe. — Dieser Aufstellung mangelt der Nachweis darüber, wer das Material dazu geliefert hat. Unseres Wissens sind die Arbeiterorganisationen, also die beruflichen Auskunftersteller in dieser Frage nicht mit gehört worden, insofern dessen können wir die Ziffer „264 407“ als Zahl der „kontraktbrüchigen“ Arbeiter umsoweniger akzeptieren, als die Zahl der kontraktbrüchigen Unternehmer nicht mit angegeben ist. Die Zusammenstellung ergibt übrigens, daß 57 Prozent der Streiks Erfolg gehabt haben. Vellagenswert ist, daß die Kommission die Voraussetzung jeder wirklichen Sozialreform, die Schaffung eines Maximalarbeitstags, nicht erfüllt hat, der doch in der Schweiz notorisch sich nützlich erweist, und trotz aller Einschränkungen auch in Oesterreich vorteilhaft wirkt.

Chemnitz. In Thalheim legten in elf Fabriken die Wirtarbeiter die Arbeit nieder. Die gegenwärtig flauere Zeit suchen die Fabrikanten auszunutzen, um die Preise herabzudrücken. — Zugug ist fernzuhalten.

Hamburg. Soldatenselbstmorde. Es fand eine Revision der Kammern einer Kompagnie statt; hierbei wurden drei Drillchamäde vermist. Der Unteroffizier S., dem hierüber Vorwürfe gemacht wurden, begab sich sofort auf seine Stube und jagte sich eine Kugel durch den Kopf. Etwa 3 Stunden später sind die vermisteten Uniformstücke gefunden worden. Am Tage darauf erschoss sich aus bisher nicht völlig aufgeklärter Veranlassung ein Musikant. Er wurde, da er nicht auf der Stelle tot war, nach dem Militär-lazaret gebracht.

Hamburg. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung der Frau des Quartiermannes v. Ellern wegen unerhörter Mißhandlung ihrer 16jährigen ehelichen Tochter Sophie, die sie mit glühendem Eisen auf den nackten Körper, nachdem sie mit Stricken festgebunden, gezüchtet hat, so daß der Körper mit 22 Brandwunden bedeckt war. Die Tochter wurde ins Krankenhaus gebracht und zwar in schwer verletztem Zustande.

Ueber ein verunglücktes Bismarckbier meldet die „Befreiung“ aus Hamburg:

„Wie uns von kompetenter Seite mitgeteilt wird, hat sich das Projekt der Gründung einer Aktiengesellschaft „Brauerei in Friedrichsruh“ zerfallen. Bekanntlich hatte ein Konsortium bereits einen Kontrakt wegen pachtweiser Ueberlassung des Baurterrains für die Brauerei auf 50 Jahre abgeschlossen, der jedoch wieder annulliert wurde, nachdem er in einem Teile der Presse abfällig besprochen worden war. Andererseits wollte Fürst Bismarck auch entschieden nicht dulden, daß sein Oberförster mit zu dem Gründungskomitee gehöre, — kurz, es zerbrach sich die Affaire schließlich an dem entschiedenen Widerspruch des Fürsten. Daß das Unternehmen mit seinem „Bismarckbier“ Erfolg gehabt hätte, erhellt schon daraus, daß sich selbst die Pantees um Aktienzeichnungen erworben hatten.

Schon vor Jahren war die Tätigkeit des „Herkules

des Jahrhunderts“ mit den Worten charakterisiert worden: „Es gelingt nichts mehr!“ Jetzt bringt er nicht einmal mehr eine Aktienbrauerei zu Stande, und zwar, weil ihn sein Oberförster nervös macht. Wenn jetzt der Oberförster mit einem solchen Rippenstoß bei Seite geschoben wird, dann kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie es früher unbotmäßigen Beamten in den verschiedenen Reglerungs-Departements ergangen sein mag.

Im Löw Käfig. Seit mehreren Monaten ist in dem Tiergarten „zur Scheibe“ in Chemnitz die Schledt'sche Menagerie aufgestellt, welche dort überwintert. In derselben werden täglich fünf dressierte Löwen von einer jungen Tierbändigerin vorgeführt. Diese Vorstellungen fanden wegen der vorzüglichen Dressur der Tiere und der anmutigen Art und Weise, wie dieselben von der jungen Dame vorgeführt wurden, stets allgemeinen Beifall. In einer Abendvorstellung ereignete sich nun ein höchst beklagenswerter Unfall, der leider für das junge Mädchen bedeutliche Folgen haben kann. Ein neu angestellter Wärter hatte, als die Vorstellung im Dressurkäfig begann und die Tierbändigerin sich schon in demselben befand, irrtümlicher Weise in diesen einen jungen noch nicht dressierten Löwen, der bisher noch nie bei der Vorstellung verwendet worden war, eingelassen. Raum hatte der Löwe den Käfig betreten und die Bändigerin erblickt, als er sich auf dieselbe stürzte, sich auf die Hinterbeine erhob, sie mit den Vorderklauen umfaßte und ihr mehrere Biß- und Kratzwunden beibrachte. Es stürzten sofort die Wärter mit Stangen herbei, und es gelang nach einiger Zeit, das wütende Tier von dem bewußtlos zusammengesunkenen Mädchen wegzudrängen und dieses aus dem Käfig zu schaffen. Von den zahlreichen Wunden, welche die junge Dame erhalten hat, sind zwei Biße, an der Hüfte und dem rechten Oberschenkel, sehr gefährlicher Natur. Die Verletzte liegt schwer darnieder. Die Vorstellung wurde, wie die „Dr. N.“ melden, sofort eingestellt und das Vorführen der dressierten Löwen von Seiten der Polizei vorläufig untersagt.

Wenn eine Familie ihren Ernährer verliert, so liest man gewöhnlich in den Todes-Anzeigen, daß es „Gottes unerforschlichem Ratsschluß“ gefallen habe, einen Vater, Gatten oder Sohn in das Jenseits abzurufen. Nun lesen wir:

„Der Ort des Deutschen Reiches, welcher im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl die meisten Wittwen besitzt, ist sicherlich Niederwörresbach im Fürstentum Birkenfeld. Jedes fünfte weibliche Wesen und insbesondere 40 pCt. der Haushaltungsvorstände sind dort Wittwen. Diese merkwürdige Tatsache, welche durch die letzte Volkszählung an den Tag gebracht wurde, beruht auf der außerordentlich ungesunden Industrie — Achatzschleiferei — von welcher sich fast sämtliche Einwohner von Niederwörresbach ernähren. Die Achatzschleifer besitzen in Folge ihres Gewerbes eine ungemeine Empfänglichkeit für die Schwindsucht und werden von ihr fast alle im ersten Mannesalter dahingerafft.“ Sonach ist es also nicht „Gottes unerforschlicher

Den steht ein Mann in den schönsten Jahren, welcher ben einen Zigarrenstummel in die Pfeife zu stopfen beabsichtigt.

Der Knabe, der am Fenster steht, wendet sich an den Mann, den Vater der Kinder, mit der Frage, ob die Mutter noch lange ausbleibt? — Sie wird bald kommen, habt Geduld, war die Antwort.

Raum hatte der Vater gesprochen, als es schellte. — „Die Mutter, die Mutter“, riefen die größeren Kinder, indem sie sich beeilten, die Türe zu öffnen.

Wir sehen die Frau eintreten, die wir schon im Kloster kennen lernten.

„Hast Du Suppe?“ frugen die Kinder fast gleichzeitig, indem sie sich am Topfe zu schaffen machten, der noch am Arme der Mutter hing.

„Nein“, lautet die Antwort. Betrübte verließen die Kinder die Mutter und begaben sich wieder an ihre Plätze.

Es tat den Kindern wehe, daß ihre Hoffnung, Suppe zu erhalten, sich nicht erfüllte, aber noch mehr schmerzte es die Eltern, die ihren Kindern nicht das Geringste geben konnten, ihren Hunger zu stillen.

Der Vater biß sich auf die Lippen und ballte die Faust vor Zorn, als ihm die Mutter das Gespräch im Kloster mitteilte.

„Meine Kinder bekommen heute noch Suppe, wenn auch keine Klostersuppe, dafür Sorge ich, aber erst — Abends“, sagte er zu seiner Frau. „Und hier nimm das letzte, was wir entbehren können, meine Pfeife. Geh sie dem Nachbar nebenan, der wollte mir schon mehrmals 50 Pf. dafür geben, nun soll er sie haben.

Für das Geld kaufe Brot und Holz, damit die Kinder ihren Hunger stillen bis Nachts, dann bekommen sie Suppe . . . .“

Endlich war der Abend hereingebrochen. Ein Mann geht eiligen Schritts durch die schlecht beleuchteten Straßen; warum wol bleibt derselbe alle Augenblicke stehen, vorsichtig umsehend, als hätte er irgend etwas zu fürchten? Jetzt schreitet er einem Laden zu, er betritt denselben. Nachdem derselbe den Laden wieder verlassen, folgen wir ihm und sehen, daß er es in mehreren Straßen ebenso macht, aber vorwiegend Bäckerdäden besucht. Betrachten wir uns diesen Mann näher, so sehen wir in ihm unseren Bekannten von Nachmittags.

Sein Gesicht ist nicht mehr so finster wie Nachmittags, sondern freudig ist diesmal der Ausdruck. Er steckt beide Hände, nachdem er den Rock zugeknöpft, in die Rocktaschen, als wäre darin ein Kleinod verborgen, das er vor Verlust bewahren will und durch-eilt mit schnellen Schritten die Straßen nach seiner Wohnung.

Aufatmend steht er nun in der geöffneten Türe, die Kinder anlachend, die ihm entgendrängen. „Kinder, ihr bekommt nun Suppe, hier, Mutter, ist Brot, alle meine Taschen sind gefüllt, es reicht bis morgen Abend, auch hast Du hier ein wenig Fett, mache den Kindern Suppe, ich habe dazu Alles — gebettelt. Es wird eine Bettelsuppe, ich schäme mich nicht, denn auch die Klosterbrüder haben ja ihre Speisen gebettelt und eine Bettelsuppe ist auch die Klostersuppe.“ S. G.

### Schnitzel.

Die Altersversicherung. Die Zeit vergeht mit Allgewalt, Schon wieder ist ein Jahr entflohn — Und bin ich siebzig Jahr' erst alt, Bekomm ich eine Staatspension.

### Widerpruch.

Der Reichen Herz für's arme Volk Wird warm und immer wärmer, Dow dabei wird der arme Mann Mit jedem Tage ärmer.

### Für unsere Hausfrauen.

Die Lampe brennt nicht hell genug. Die langen Winterabende bringen die Lampen wieder zu Ehren. Zugleich aber hat das alte Klagegedicht von Neuen an, daß die Lampen nicht hell genug brennen. Wir wollen unseren Leserinnen ein einfaches Mittel an die Hand geben, tagtäglich die Lampen so herzurichten, daß sie einen wirklich strahlenden Mittelpunkt des Zimmers abgeben. Mit einer Mischung von Soda, Seife oder Pottasche und heißen Wasser werden die Rastins und Brenner alle drei bis vier Wochen einmal gereinigt, gründlich getrocknet und hierauf mit Petroleum wieder angefüllt. Sollte vielleicht etwas Unreinigkeit sich in dem Docht festgesetzt haben, so empfindet es sich, denselben tüchtig zu waschen, zu trocknen, dann ungerührt eine Stunde in Essig zu legen, um ihn schließlich, abermals getrocknet, wieder in die Lampe zu gießen. Die Petroleumlampen werden ebenfalls mit der angegebenen Mischung gereinigt und sorgfältig getrocknet. Bei genauer Innehaltung des angegebenen Verfahrens wird der Docht stets hell brennen und nicht rauchen.

### Humoristische Ecke.

Stokkelfeuer. „Nehmen ist seliger denn Geben!“ feuerte der Exminister Lucius, als er die 30,000 Mark an unerschlagener Stempelsteuer zurückerstatten mußte.

Ratsschluss, sondern die ungesunde Betriebsweise, welche die Arbeiterfamilien ihrer Ernährer beraubt. Aber fragen wir, wo bleibt der Fabrikinspektor? —

Die soziale Frage ist gelöst. Wie und wann? werden unsere Leser mißtrauisch fragen und wir wollen ihre Neugierde nicht auf die Folter spannen. Der große Geist, der die weitbewegende Frage mit einem Ruck aus der Welt zu schaffen im Stande ist, nennt sich Karl Hecker: er ist Major a. D. und zweiter Redakteur der Zeitschrift „Vom Fels zum Meer“. In dem neuesten Heft der genannten Zeitschrift veröffentlicht nämlich dieser große Wolltäter der Menschheit einen Artikel über das Stuttgarter „Arbeiterheim“, der unsere höchste Bewunderung hervorgerufen hat und dessen Quintessenz wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Herr Major a. D. hat folgenden Arbeiteretat zusammengestellt:

|  |        |
|--|--------|
| „Ein Arbeiter also, welcher hier für sein erstes Frühstück | 10 Pf. |
| für den Mittagstisch                                       | 25 „   |
| für das Abendessen   | 25 „   |
| für Brot und 2 Glas Bier                                   | 29 „   |
| in Summa 89 Pf.  |        |

ausgibt, braucht in der Woche für seine volle, sehr reichliche Verköstigung 6 Mk. 23 Pf., wozu noch der Mietspreis für das Zimmer mit 1 Mk. 25 Pf. tritt, was eine Gesamtausgabe von 7 Mk. 50 Pf. ausmacht.

Da nun aber der Durchschnittslohn für die am geringsten bezahlten Arbeiter hier 15 bis 18 Mark wöchentlich beträgt (?), so ergibt sich aus dieser Einrichtung selbst für den nur mittelmäßig bezahlten Arbeiter die Möglichkeit, die Hälfte oder doch mindestens den dritten Teil seines Wochenlohns „als Ersparnis“ zurücklegen zu können.

Da haben wir also die Bescheerung! Wie der Herr Major annimmt, beträgt der Durchschnittslohn für die am geringsten bezahlten Arbeiter 15—18 Mark (?), wöchentlich, die Gesamtausgabe für Verköstigung und Logis 7 Mk. 50 Pf. — ergo kann die Hälfte oder wenigstens der dritte Teil des Wochenlohns auf die hohe Kante gelegt werden! In der Tat eine recht gründliche und doch einfache Rechnung, schade nur, daß das dicke Ende noch nachkommt, denn der Herr Major hat bei Aufstellung seiner Berechnung jedenfalls nicht daran gedacht, daß man in kultivierten Ländern nicht in Adam's Kostüm umherwandeln darf. Die Schneider und Schuhmacher werden genötigt sein, von ihren Renten zu leben, denn nach diesem Arbeiteretat braucht man nur für die Verköstigung und Logis zu sorgen und der verbleibende Rest wird als „Ersparnis“ zurückgelegt. Steuerzahlen giebt's nicht, Kranken- und sonstige Unterstützungskassenbeiträge bleibt man einfach schuldig — kurzum, die mannigfaltigen sonstigen Auslagen, die man nicht umgehen kann, die Vereinsbeiträge, das Vergnügen spielen keine Rolle. Der Herr Major, der jedenfalls eine Pension bezieht, mit der ein Arbeiter nebst Familie 3 bis 5 Jahre leben könnte, läßt sich für seine nationalökonomischen Leistungen von der „Union“ vermutlich nicht schlecht bezahlen und würde bei Anwendung dieses Arbeiteretats ganz enorme Summen ersparen können. — Wir begnügen uns, hiermit konstatirt zu haben, wie der Herr Major a. D. Hecker die soziale Frage gelöst hat.

### Ausland

#### Oesterreich-Ungarn.

In Oesterreich haben die Anarchisten versucht, in die Wahlbewegung Verwirrung zu bringen, indem sie Flugchriften in die Masse warfen, in denen das Proletariat „zum Kampf“ aufgerufen wird. Wir hoffen, daß die Arbeiter sich durch die Phrasologie des Herrn Most nicht irre machen lassen und daß unsere Genossen einen guten Wahlerfolg erzielen.

#### Frankreich.

Um die Feiertage des 1. Mai heuer zu einer möglichst allgemeinen in Frankreich zu machen, sind am vorigen Freitag Delegirte verschiedener organisirter Arbeitergruppen in Paris zu einer Konferenz zusammengetreten. Die Repräsentanten der Gruppe Allencamp, die voriges Jahr sich ganz fern gehalten hatten, werden diesmal mitmachen. Am 18. Februar soll eine zweite Konferenz stattfinden, zu der alle organisirten Arbeitergruppen eingeladen sind, Delegirte zu entsenden; und diese Delegirte sollen dann den Ausschuss bilden, welcher die Manifestation zu organisiren hat.

#### Portugal.

Aus Portugal kommt die Nachricht, daß auf der Redaktion der unterdrückten Zeitung „Republika Portugese“ sehr belastende Aktenstücke gefunden worden sind, darunter eine angebliche Proskriptionsliste der hervor-

ragendsten Monarchisten, ferner Briefe spanischer Republikaner, welche im Falle eines Gelingens des Aufstandes die Ausrufung einer iberischen Republik versprochen. Die Regierung verfügte die Auflösung des 9. Jäger-Regiments, welches den Hauptanteil am Aufstande in Oporto hatte. Die Zahl der verhafteten Zivilisten übersteigt 500. Außer dem Stadtpfarrer von Oporto scheinen auch zahlreiche Mitglieder der niederen Geisteslichkeit an dem Aufstande beteiligt zu sein. Die Hausdurchsuchungen in Oporto werden eifrig fortgesetzt. Die republikanische Bewegung wird offiziell als „verächtlich“ dargestellt. Wir glauben nicht daran.

#### Belgien.

Der kürzlich verstorbene belgische Sozialist César de Baeppe soll ein Denkmal erhalten und haben die belgischen Sozialisten zu diesem Zweck bereits etwa 1400 Mk. aufgebracht.

Brüssel. Auf besonderen Befehl des Königs werden nach einem Privattelegramm der „N. N.“ alle meutenden Soldaten vor ein Kriegsgericht gestellt.

#### Großbritannien.

Das Ende des schottischen Streiks wird jetzt in allen Zeitungen angezeigt — und zwar sollen die Streikenden zu Kreuz gekrochen sein. Das ist nicht richtig. Ein Teil derselben ist allerdings zur Arbeit zurückgekehrt, allein erst nachdem Unterhandlungen gepflogen worden waren und die Kompagnien (Direktoren) sich im Prinzip für Gewährung der von den Beamten aufgestellten Forderungen erklärt hatten. Damit aber die Herren Direktoren nicht üppig werden und sich einbilden, die Eisenbahnbeamten nun über den Köpfen barbieren zu können, wird der Kampf an verschiedenen wichtigen Punkten mit größter Energie von den Leuten fortgesetzt.

In dem schottischen Hafen Cardiff streikt seit einiger Zeit eine Gruppe von Dockarbeitern. Um derselben Herr zu werden, liefen die Dockdirektoren zur Polizei und ans Gericht, und machten gegen mehrere der streikenden Arbeiter einen Prozeß (wahrscheinlich wegen „Verschwörung“) anhängig. Auf diese Herausforderung sind die Arbeiter die Antwort nicht schuldig geblieben: wie ein Telegramm uns meldet, hat der große Arbeiterbund, welcher die Organisationen sämtlicher in den Docks, in der Schiffsahrt und bei Wasserbauten beschäftigten Arbeiter Großbritanniens umfaßt, — etwa eine Viertelmillion Arbeiter — den Streik für alle Dockarbeiter in Cardiff angeordnet. Und jetzt mögen die Herren Dockdirektoren sehen, wie sie fertig werden. Wenn es gewissen Lebewesen zu wol ist, gehen sie aufs Eis.

Erhebungen zum Zweck der Untersuchung von übermäßigen Arbeitsstunden der Eisenbahnbediensteten sind im Unterhause beschloffen worden.

London. In Folge eines Beschlusses der Londoner Dockbehörden laden die Schiffe sofort aus. Es ist den Schiffseignern überlassen, ein Corps von freien Arbeitern zu organisiren. Ein Konflikt mit den Dockarbeitern ist ausgebrochen und eine zahlreiche Polizeitruppe besetzt die Docks.

#### Rußland.

Die russische Polizei hat überall ihre Spitzel-Forden. So wurde ein in Bulgarien als Beamter angestellter russischer Untertan, Namens Wladimir Lutzky, der im Verdachte steht, sich an der nihilistischen Agitation beteiligt zu haben, durch Verespiegelungen auf türkisches Gebiet geleckt, dort überfallen und nach Rußland geschleppt. Wenn er nicht bereits in Sibirien schmachtet, so steht ihm dies Schicksal doch nicht er bevor. Die in Paris lebenden russischen und polnischen Sozialisten haben hiergegen folgenden Protest erhoben:

Der russische politische Flüchtling Wladimir Lutzky, welcher in neuerer Zeit das Amt eines Oberingenieurs der See-Abteilung in Bulgarien bekleidete ist am 12./24. Dezember vorigen Jahres vom Agenten der russischen Polizei in den Straßen von Konstantinopel ergriffen und sofort nach Rußland transportirt worden.

Um diesen unerhörten Akt von der zivilisirten Welt zu rechtfertigen und um die öffentliche Meinung Europas äre zu führen, hat die türkische Regierung, unter dem Einfluß der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel, folgendes Telegramm verbreitet:

Konstantinopel, den 9. Februar.

#### Offizielle Mittheilung.

Der in Konstantinopel verhaftete Lutzky ist ein Terrorist und in mehrere verbrecherische Unternehmungen und Handlungen in Rußland verwickelt, von wo er nach Bulgarien flüchtete. Da die russische Polizei mit überwältigenden Beweisen ausgerüstet auf ihn als einen gemeinen Verbrecher jahndete, hatte die türkische Regierung und Justiz sich nicht in die Sache zu

mischen; die russischen Konsularbehörden schritten zu seiner Verhaftung, indem sie der türkischen Polizei, den Kapitulationen (Verträgen) gemäß Nachricht davon gaben. Die ausländischen Konsulate haben das Recht, ihre betreffenden Staatsangehörigen zu verhaften. Die türkische Regierung hatte keinen Grund, Lutzky als politischen Verbrecher zu betrachten.“

Dieses Telegramm enthält kein wahres Wort. Unser Freund und Gills-Genosse, Wladimir Lutzky, war in Rußland ausschließlich seiner politischen Ideen wegen verfolgt worden. Während der zehn Jahre seines Flüchtlingslebens wohnte er öffentlich in verschiedenen Ländern und die russische Regierung hat niemals seine Auslieferung verlangt.

Nach Konstantinopel durch eine gefälschte Depesche berufen, die mit dem Namen eines seiner Freunde unterzeichnet war, fiel er in einen schrecklichen Hinterhalt. Von der türkischen Polizei verhaftet, wurde er dieser durch eine Bande von 18 russischen Agenten entrißen. Die türkische Polizei gab sich willig zu diesem Menschenraub her.

In Anbetracht dieser Thatfachen protestiren wir, die Unterzeichneten, die wir unserer politischen Anschauungen wegen verfolgt sind und gegenwärtig die Gastfreundschaft Frankreichs genießen, mit aller Energie gegen die Verläumdungen, deren Ziel unser Freund Lutzky in der obigen Depesche ist; und wir hoffen, daß die ehrenhaften Menschen aller Länder, ohne Unterschied des Parteistandpunktes, unsere Entrüstung über die von der russischen Regierung gegen ihre politischen Widersacher angewandten Mittel teilen werden.

- Lawrow. Makinazi. Beck. Blumenfeld.
- Delaky. Ebron. Frenkel. Feodorowo. Natalie. Gnatowsky. Grigorieff. Gurewitsch. Lazarewitsch. Lubowitsch Anna. Orloff. Ostroga. Panutina. Sophie. Polonska Marina. Pochitonowa Anastasie. E. Kubanowitsch. Rubless. Serebriatoff. Serebriatowo. Katerina. Rohan. Semenowsky. Semenowska Dora. Scheinzij-Sophie. Skatchewa Alexandra.

#### Polnische Flüchtlinge:

- G. Daum. Dembsky. Polak. Wojnorowska Cesarina.
- Wir schließen uns von ganzem Herzen dem Protest der russischen Revolutionäre gegen die ungesetzliche Verhaftung Wladimir Lutzky's an, den wir mehrere Jahre als politischen Flüchtling gekannt haben. Wir betrachten diese von der russischen Regierung auf türkischem Gebiet bewerkstelligte Verhaftung als eine flagrante und schmachvolle Verletzung des Völkerrechts.

Für die polnisch-nationale sozialistische Partei die politischen Flüchtlinge:  
Dr. Woleslas Simonowsky. Dr. A. Plotniky.  
A. Baransky, Redakteur des sozialistischen polnischen Organs „Poludfa“.  
Paris, den 25. Januar 1891.

Das Schriftstück bedarf keiner Erläuterung. Der Vorgang ist eine brutale Verletzung des Völkerrechts. Inzwischen ist die Angelegenheit noch in kein neues Stadium getreten. Die englische Regierung hat in der Sache „Anfragen“ in Petersburg und Konstantinopel gestellt, — Lutzky ist aber noch immer in den Klauen seiner Verfolger.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

60. Sitzung.

Eine Anzahl von Petitionen wird als zur Beratung im Plenum ungeeignet bezeichnet; darauf beginnt die erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz von 1887, welche

Staatssekretär v. Malchahn einleitet: Die Meinungsverschiedenheiten beim Erlaß dieses Gesetzes waren so groß, daß man auf eine baldige Revision desselben rechnete. Der Ablauf der ersten Kontingentsperiode ist der äußere Anlaß zu dieser Revision, die aber nicht eine prinzipielle sein soll, weil die Dauer der Geltung des Gesetzes eine sehr kurze ist und weil die reine Wirkung des Gesetzes in Folge gewisser Umstände noch nicht vollkommen eingetreten ist. Es handelt sich nur um Änderungen aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die Brennperiode soll etwas früher begonnen und die Materialsteuer für Obstbrennereien anders bemessen werden. Die Hauptsache ist der Artikel 3, welcher den Branntweinzoll einheitlich feststellen will, weil die Unterscheidung zwischen edlem Rum, Araf und so weiter nachgemachter Waare nicht möglich ist. Die Regierung würde auch eine anderweitige Regelung dieser Frage annehmen, wenn sie durchführbar ist und dem Reiche keine Mindereinnahme bringt.

Abg. Hug (Baden, Z.) befürwortet die Rücknahme auf die kleinen Brennereien, welche namentlich in Süddeutschland vorhanden seien. Die kleinen Landwirte brennen in einfachen Apparaten von geringem Umfange ihr Obst; die Besteuerung dieser Brennereien hat von den 28 000 kleinen Betrieben, welche in Baden vorhanden waren, 14 000 vernichtet und dadurch eine große Anzahl Familien benachteiligt. Das hat große Unzufriedenheit hervorgerufen. Man hat verschiedene Wege zur Abhilfe vorgeschlagen: einmal sollten von Staatswegen Brennprämien gezahlt werden. Aber nachdem die Branntweinsteuer vom Reich einheitlich geordnet ist, hat Baden nicht

das Recht Sonderbestimmungen darüber zu treffen. Der empfindlichste Punkt wäre die Freilassung des Hausstranks von der Steuer. Allein die Kontrolle würde eine zu schwierige gewesen sein. Endlich kam eine Aenderung der Steuerföge in Betracht, die vorgeschlagen ist. Wenn auch ein Ausfall an der Einnahme entstehen sollte, so kann es angesichts der hohen Bedeutung dieser Maßregel darauf wirklich nicht ankommen. Es ist aber zu hoffen, daß der Antrag Badens, zehn Liter als Hausstrank steuerfrei zu lassen, nicht angenommen ist. Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Staatssekretär v. Malzahn: Trotz eingehender Ermahnungen hat der Bundesrat sich nicht entschließen können, diesen Antrag Badens anzunehmen, weil dadurch die Grundlage des ganzen Steuergesetzes geändert worden wäre; denn sämtlicher in Deutschland hergestellter Branntwein soll der Besteuerung unterliegen. Außerdem würde sich der finanzielle Effekt gar nicht übersehen lassen.

Badischer Ministerialrat v. Scherer: Die Badische Regierung hat allerdings den Antrag gestellt, daß der Hausstrank steuerfrei gelassen werden sollte. Der Antrag wurde abgelehnt, aber die badische Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß derselbe in Anbetracht der besonderen badischen Verhältnisse notwendig war. (Zustimmung.)

Staatssekretär v. Malzahn: Das Gesetz von 1887 bestimmt, daß die Brennereien, welche Materialsteuer entrichten, ihren Branntwein nach dem niedrigen Satz von 60 Mark versteuern können. Der Bundesrat hat diese Maßregel generell eingeführt; das ist eine große Erleichterung namentlich für die kleinen süddeutschen Brennereien.

Abg. Holz (Reichspartei): Die Branntweinsteuer hat verhältnismäßig gut gewirkt; die Materialsteuer konnte nicht mehr in der früheren Höhe eingehen, da eine ganze Anzahl von Brennereien nicht mehr Materialsteuer, sondern einen Zuschlag zur Konsumsteuer zahlten. Der Landwirt hat von dem Gesetze nicht viel erwartet; der Verbrauch von Kartoffeln zur Brennerei ist um 20 Millionen Zentner zurückgegangen, was für die Landwirtschaft einen erheblichen Ausfall an Futterstoffen bedeutet. Die Landwirtschaft hat sich aber jetzt auf das Gesetz eingerichtet, sie muß aber erwarten, daß prinzipiell nichts geändert wird; sie hofft, daß die Regierung alle Angriffe auf das Gesetz abwehren wird. (Zustimmung rechts.) Die Klagen der kleinen Brennereien gehen schon jetzt dahin, daß das Kontingent zu schnell abgebrannt ist; deshalb ist die Erhöhung von großer Bedeutung; auch die Verschiebung der Brennprobe, so daß sie am 1. September statt am 1. Oktober beginnt, ist annehmbar, ebenso die Ermäßigung der Materialsteuer. Meine politischen Freunde können aber bei der Aenderung des Zolls nicht bestimmen. Die Gründe, welche der Staatssekretär anführte, zeigen mir doch, daß bei der angeregten Maßregel Hinterziehungen nicht verhindert werden können.

Abg. Barth (Dfr.): Eine gründliche Besserung ist aber nicht anders zu erwarten, als durch Beilegung der Materialsteuer, ebenso wie man jetzt bei der Zuckersteuer die Materialsteuer beseitigt. Das Steuerprivilegium der Branntweimbrenner steht beispiellos da in der Steuerfassung aller Länder der Welt. (Widerspruch rechts.) Die Breite des Branntweins seit Einführung des Gesetzes erheblich gestiegen, von 38 bis auf 50 Mark; rechnet man die Materialsteuer mit 14 Mark ab, so ergibt sich eine Steigerung von 24 auf 36 Mark. Aber für den kontingentierten Branntwein erhalten die Brenner 56 Mark, also eine ganz ungeheure Prämie auf Kosten der Steuerzahler. Wir werden einen dahin gehenden Antrag in der Kommission stellen, und ihn bei der zweiten Lesung im Plenum weiter verfolgen. (Beifall links.)

Abg. Buhl (natl.): Die Klagen über die Handhabung des Gesetzes sind so zahlreich, daß es Ermägung verdient, ob nicht verschiedene Vollmachten, welche dem Bundesrat gegeben worden sind, grundsätzlich im Gesetze festgelegt werden müßten. Die fiskalischen Interessen werden ja bei einem Steuerergesetz nicht vernachlässigt werden dürfen, aber es wird auch notwendig sein, die Interessen des Gewerbes und des Handels zu berücksichtigen.

Abg. Zorn von Bulach (Kassler): Die kleinen Brenner im Elsaß haben in großer Zahl ihren Betrieb eingestellt; wo sie es noch nicht getan haben, da hoffen sie auf bessere Zeiten, die jetzt herbeigeführt werden können. Die Freilassung des Hausstranks, welche gefordert wird, sind die Kassler aus französischer Zeit gewöhnt. Ueber kein Gesetz wird mehr geklagt, als über das Branntweinsteuergesetz, und wenn in dieser Beziehung Zufriedenheit geschaffen werden kann, so ist das mehr wert, als eine Einnahme von einigen hunderttausend Mark.

Abg. Borm (Soz.): In der angenehmen Lage, mit dem Branntweinsteuergesetze unzufrieden zu sein, befinden sich nicht bloß die 40,000 kleinen Brenner, sondern auch die 11-13,000,000 Arbeiter und Proletariat, die unter den heutigen Verhältnissen gezwungen sind, Branntwein zu trinken. Deshalb wollen wir uns nicht darauf einlassen, kleines Fließwerk an dem Gesetze vorzunehmen. Wir wollen uns den Kopf erst ansehen, ob er wert ist, gelöst zu werden. Der Abg. Dechler und der Minister v. Scholz haben 1887 ausdrücklich erklärt, daß das Gesetz eine Aenderung erfahren müßte, wenn daraus enorme Gewinne für die Branntweimbrenner sich ergeben sollten. Ist nicht dieser Fall eingetreten? Alle Motive, die 1887 für das Gesetz geltend gemacht worden sind, sind durch die Macht der Thaten hinfällig geworden. Es sollten durch das Gesetz Mehreinnahmen für das Reich geschaffen, der Preis des Branntweins erhöht und der Konsum dadurch eingeschränkt, der Export gehoben und endlich der notleidenden Landwirtschaft auf die Beine geholfen werden. Nach der damals angestellten Berechnung sollte die Belastung durch die Branntweinsteuer von 1,86 Mark auf 2,96 Mark pro Kopf der Bevölkerung sich nach dem Gesetze erhöhen. Das ist aber der berühmte Durchschnittswert der Statistik, der einmal herausgebracht werden sollte. (Heiterkeit.) Die Kinder in der Wiege, die Mädchen u. s. w. trinken keinen Branntwein und kommen nicht in Betracht. Auf Grund der Bevölkerungsstatistik sind es im Ganzen 11-13 Millionen Deutsche, die in Betracht kommen, dabei sind die oberen Lebensebenen, die auch hin und wieder ein Schnäpschen trinken (Heiterkeit), schon eingerechnet, und dann kommen nicht 2,96 Mark, sondern 15-16 Mark Jahressteuer heraus, die die Proletariat, die Armen der Armen zu zahlen haben. Ist das eine gesunde Finanzpolitik, wenn unser Deutsches Reich seine Mehreinnahmen sich von den Leuten herholt, die ohnehin schon sich

nicht ernähren können? Wenn Sie sich dabei wol fühlen, nun gut; Die Antwort wird man Ihnen bei irgend einer Gelegenheit schon einmal geben. Durch die Erhöhung des Preises für den Trinkbranntwein sollte die Trunksucht bekämpft werden. Die Statistik von England, Rußland und Amerika zeigt aber, daß durch die Preissteigerung keineswegs der Konsum zurückgegangen ist. Einerseits sagen Sie: wir müssen brennen, um die Landwirtschaft zu erhalten, und dann wieder sagen Sie: wir müssen den Konsum einschränken, wir sind moralisch. (Heiterkeit.) Das widerspricht sich. Die Produktion ist ganz bedeutend gesunken; aber der Konsum, der gegen 1886 allerdings zurückgegangen war, ist nach der „Zeitung für Spiritusindustrie“ auf dem besten Wege, alles das, was er veräußert hat, einzuholen. Eigentlich ist auch nach 1886 der Konsum nur statistisch zurückgegangen. Es ist ja bekannt, daß 1886 größere Mengen Spiritus produziert wurden, die dann schleunigst in die Läger abgeführt wurden, so daß große Vorräte sich bei den Konsumenten und Zwischenhändlern ansammelten, die sich der Statistik entzogen. So kommt es, daß wir 1887-88 einen bedeutenden Rückgang, dagegen 1888-89 eine bedeutende Zunahme — um 33 pCt. — zu verzeichnen haben. Sie werden sehen, daß im nächsten Jahre, wenn die Vorräte vollständig geräumt sind, der Konsum die alte Ziffer wiedererreicht, und wenn Sie Brot und Fleisch zu verteuern fortfahren und dadurch den Armen und Glenden zum Schnaps zwingen, werden Sie erleben, daß die Landwirtschaft durch die von Ihnen begünstigten Käufer unersättigt wird. (Heiterkeit.) Die Leute trinken nach wie vor, nur müssen sie mehr Geld zahlen. Dadurch bleibt weniger übrig für die Ernährung, und um so schlimmer wirkt dann der Alkohol. Was den Export betrifft, so ist es den Schnapsbrennern gegangen wie dem Bierbrenner, der einen Bissen im Munde, noch nach dem auf der Erde liegenden Bissen schnappt. Der Export ist ganz bedeutend heruntergegangen, weil die Brenner zuviel Vorräte, namentlich in der Uebergangszeit haben wollten und das Ausland sich dies nicht gefallen ließ. Auf diesem Wege sind besonders die kleinen Landwirte geschädigt worden; denn die Großbetriebe können ihre Produktion nicht so verringern. Dieser Branntwein bleibt im Lande und nährt sich dort ganz redlich, indem er dem Branntwein der kleinen Brenner Konkurrenz macht und ihn zurücktreibt. Wer hat denn aber die 39 Millionen Liebesgaben bekommen? Es ist das nur eine kleine Interessengruppe, die sich auf Kosten der 11 Millionen Arbeiter bereichert. Es ist das nur eine andere Form der Höchstlohn. Früher leistete der Arbeiter seinem Herrn Frohdienste, jetzt verdient er an dem einen Ort Tagelohn und muß einen Teil davon dem Großgrundbesitzer abgeben. Man spricht immer von der notleidenden Landwirtschaft und will dadurch bei allen die Meinung erwecken, daß Landwirtschaft und Brennerei so innig verknüpft sind, daß man das Eine nicht besitzen kann, ohne das Andere zu ruinieren. Tatächlich betreiben von den landwirtschaftlichen Betrieben nur 0,16 pCt. Branntweimbrennerei. Von den 65,200 Brennereien sind aber 45,000 so klein, daß sie noch nicht 50 Liter täglich produzieren. Diese würden, selbst wenn sie wirklich die ganze Kontingentierungsdifferenz in die Tasche stecken könnten, jährlich nur ein Geschenk von 10 Mk. erhalten. Im Ganzen bekommen 86 pCt. aller Brennereien noch nicht eine Million von der ganzen Kontingentierungssumme, während die übrigen 14 pCt. sich in die fette Summe von 38,5 Millionen teilen. Einzelne von den Brennern erobern davon für sich Hunderttausend, Hundertzwanzigtausend und noch höhere Summen. Wer sind nun diese armen notleidenden Herren, die auf Kosten des Proletariats jährlich so große Summen in die Tasche stecken? Darüber schweigt die offizielle Reichsstatistik. Sie ist nur nach ganzen Provinzen geordnet. Wir werden deshalb in der Kommission ausdrücklich verlangen, daß uns die Kontingentierungslisten vorgelegt werden, damit wir genauer erfahren, wer die Notleidenden sind, welche so begünstigt werden müssen. Im Kreise Breslau sind es 4 adelige, 3 bürgerliche Großgrundbesitzer, mehrere königliche und eine herzoglich meiningische Domäne; im Kreise Oels 16 adelige, 14 bürgerliche Großgrundbesitzer, 11 Brennereien gehören dem König von Sachsen; auch Notleidend und ein werter Kollege, der Landrat des Kreises. Herr von Kardorff, gehören dort zu den Notleidenden (Heiterkeit.); dann kommen noch einige Fürsten, Grafen und Barone, es ist eine ganz erbauliche Liste, die mich überzeugt hat, daß es doch sehr traurig im Reiche aussehen muß, wenn die Stützen der Gesellschaft, als welche sich die Herren immer ausgeben, so notleidend sind, daß sie bei den Proletariern Betteln gehen müssen. (Heiterkeit.) Ohne die Kontingentierung würde die Reichskasse statt 55,5 Millionen nur 40 Millionen aus dem Branntwein gewinnen. Was kostet aber den 11 Mill. Proletariat dieses Mehr von 15,5 Millionen? Die müssen außer diesen 15,5 Millionen Mark noch 40 Mill. zu Gunsten der notleidenden Schnapsbrenner aufbringen, macht 55,5 Mill. Die Regierung ist eben so freundschaftlich, um 15,5 Millionen Steuern einzunehmen, den Proletariern 55,5 Millionen aufzuerlegen, sie belastet sie, um einen Pfennig zu erlangen, 37fach. Ist das eine gesunde Finanzpolitik, die ihr die Liebe des Volkes erwerben kann. Ich bezweifle das. Gewiß bringt die Vorlage den kleinen Landwirten eine Erleichterung, aber eine lächerlich geringe. Es handelt sich nur um 15,000 Brennereien, die vielleicht im Ganzen 10-12,000 Hektoliter mehr brennen werden, die werden etwa eine halbe Million mehr erhalten. Um ihnen zu helfen, müßten ganz andere Maßregeln getroffen werden. Die kleinen Brenner haben ohnehin gegen die großen einen sehr schweren Stand; Herr Wiquel hatte 1887 ganz Recht, wenn er sagte, vorausgesetzt würden die großen Brenner die kleinen trotz alledem ausessen. Herr Holz war so liebenswürdig, die kleinen Leute zu verächtlichen, sie könnten zur Unrecht verachtet werden, wenn der badische Vorschlag angenommen würde. Warum müssen es gerade immer die kleinen Leute sein, die sich, wo es irgend angeht, bereichern wollen? Auch in den großen Brennereien wird mit Wasser gekocht. Wenn die Kartoffel nicht 10 pCt. Spiritus ergibt, reißt der Brenner Mais zu. Vom reinlichen Ertragnisse aus sehe ich das recht gern, aber das kann nur der Großbrenner, der kleine Brenner kann es nicht. Ein weiterer großer Vorteil der Großbrenner besteht in der Exportprämie, die von der Regierung in einer Weise normirt ist, die sich mit Wissenschaft und Technik nicht deckt. Bei der Rückvergütung wird für 8,8 pCt. Ausbeute des karamantischen Raumes 1601 Mark gezahlt. Nun wird aber heutzutage jeder Brenner zum Teufel gejagt, der in

einem Großbetriebe nicht mindestens 10,5-11 pCt. herausbringt. Das macht denn einen kleinen Unterschied von 3,57 Mk., eine Prämie, die ganz so aussieht, wie die Zuckerprämie, und da in diesen Kreisen Keiner dem Anderen etwas gönnt, so haben sich denn auch die Zuckerinteressenten bei ihrer letzten Zusammenkunft darüber beschwert, daß den Braanweinbrennern diese Prämie nicht genommen werden soll, während man ihnen die übrige zu entziehen beabsichtigt. (Heiterkeit.) Mit dem Gesetz werden Sie die Misere der kleinen Landwirtschaft nicht beseitigen. Für den Scheffel Kartoffeln innerhalb der kontingentierten Brennerei werden 1,25 Mk. gelöst. Ist da noch eine Landwirtschaft wert, betrieben zu werden? Durch solche Ausnahmegesetze zu Gunsten der großen Betriebe können Sie den Rückgang der kleinen Betriebe der Landwirtschaft nicht aufhalten. Wir haben jetzt nicht allein eine Begünstigung der Großgrundbesitzer durch die Getreidezölle und die Spiritussteuer, sondern durch den Bezug fremder billiger Arbeitskräfte. Darüber ärgern sich sogar Konservative und Nationalliberale. Die „Weser-Z.“ oder „Magdeburgische Zeitung“ sagte mit vollem Rechte, wenn die ostpreussischen Grundbesitzer nicht im Stande sind, die Landwirtschaft auf eigene Faust zu betreiben und immer an den Beutel der Armen gehen, dann mögen sie lieber ihre Bude zumachen. In der That, dann ist es besser, sie werden exportirt und das von Staats- und Reichswegen. Wir können nicht für ein Gesetz stimmen, welches vollständig zu Ungunsten der ärmeren Klassen in seinen unveränderten Grundlagen ausgearbeitet ist. So hat man bei der Zoll-erhöhung für Cognac und Rum nicht den kleinen Mann, sondern den Durchschnittsmenschen im Auge. Der arme Mann wird jetzt noch schlechteres Zeug vorgelegt bekommen als er heute bekommt. Man hat gesagt, die Chemiker können unechten vom echten Cognac nicht unterscheiden. Ich denke, unsere Zungen und Nasen sind schon ein paar tausend Jahre länger ausgebildet als unsere Chemiker! Ich beantrage namens meiner Fraktion die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Wir wünschen eine sorgfältige Prüfung dieser Frage im Interesse der Mehrheit des Volks. (Dho! rechts.) Sie (rechts) sind nicht die Welt, das sind die Proletariat, welche 79 Prozent aller Steuerzahler ausmachen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Windthorst (Z.): Die allgemeinen Lebensarten, welche wir hier gehört haben, gehören gar nicht zur Sache. Wir haben die Branntweinsteuer eingeführt, weil wir Geld brauchten, und weil der Branntwein als ein sehr geeignetes Steuerobjekt erschien. (Ruf: Aber die Liebesgabe!) Wegen der Liebesgabe ist das Gesetz nicht gemacht; sie war notwendig, weil neue Verhältnisse immer große Schwierigkeiten machen, und ohne die Verschiedenheit der Steuerlätze würde die Brennerei-Industrie sich nicht haben erhalten können. Allerdings wird das Volk durch die Steuer belastet. Die kleinen Leute zahlen mehr als die großen, wie z. B. Herr Singer, der diese Steuer ziemlich leicht tragen wird. (Heiterkeit.) Die Vorlage bringt für die kleineren Brennereien recht erhebliche Erleichterungen, die man wol annehmen kann. Mir wäre es am liebsten, wenn der Branntwein wieder dahin käme, wohin er gehört, nämlich in die Apotheke. (Heiterkeit.) Wenn die Herren Sozialdemokraten etwas für das Volk tun wollen, dann mögen sie für die Verminderung des Branntweingenußes sorgen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Menzer (Dfr.) ist damit einverstanden, daß die Regierung die Unterscheidung zwischen echtem und unechtem Rum, Cognac u. s. w. ausliebt; aber eine Erhöhung des Zolls wäre nicht angebracht; man sollte dazu übergehen, den Zoll für ausländischen Alkohol in Fässern auf 125 Mark zu bemessen, für Alkohol in Flaschen auf 180 Mark. Im Uebrigen gehe die Vorlage noch nicht weit genug; er freue sich, daß der badische Bevollmächtigte das auch anerkannt habe. Die Unzufriedenheit über die Branntweinsteuer hat sich bei den Wahlen ziemlich stark bemerkbar gemacht. Redner greift auf die Debatte über die Getreidezölle zurück und wendet sich gegen die damaligen Ausführungen des demokratischen badischen Abg. Dillinger, nach welchen der kleine Landwirt an den Zöllen kein Interesse haben solle. Die kleine und die große Landwirtschaft haben dieselben Interessen. Redner wird vom Präsidenten zur Sache gerufen und schließt mit der Empfehlung der Vorlage im Interesse der kleinen Brenner Süddeutschlands.

Abg. Höffel (N.-B., Elsaß) weist darauf hin, daß allerdings im Elsaß nur ein geringes Quantum Alkohol gebrannt werde, aber es wird bei der großen Zahl von kleinen Brennereien eine große Anzahl von Familien von Branntweinsteuer berührt. Der Bauer brennt nicht bloß, um einen Hausstrank zu gewinnen, sondern auch, um sein Falschbrot verwenden zu können. Redner empfiehlt die Steuerfreiheit des Hausstranks.

Abg. Brömel (Dfr.): Die Frage, ob edler oder unedler Rum, Cognac und so weiter gleich behandelt werden sollen oder nicht, sollte dahin gelöst werden, daß die unechte Waare ebenso verzollt werden soll, wie die echte Waare. Es ist wirklich fraglich, ob die Untersuchungen des Reichsgesundheits-Amtes in dieser Beziehung sich gelohnt haben. Wäre es nicht besser gewesen, daß das Reichsgesundheits-Amt sich mit der Gesundheitsgefährlichkeit des amerikanischen Sodas befaßt hätte? Namentlich der Rum ist ein Konjunkturgegenstand, welcher in den Küstendistrikten allgemein gebraucht wird, wie in anderen Gegenden der Wein. Es entspricht deshalb der Gerechtigkeit und Billigkeit, diesen Konsumgegenstand nicht zu sehr zu verteuern.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Februar 1891.

Unsere ursprüngliche Absicht, die Namen der Delegirten zum schlesischen Parteitage durch die Presse bekannt zu geben, mußten wir, da zu viele Proteste einliefen, aufgeben. Wir geben statt dessen nur eine

Uebersicht über die Zahlen der Vertreter aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen.

- Es war die Anzahl der Delegirten
- A. Aus dem Regierungsbezirk Breslau.**
1. Wahlkreis: Oels-Wartenberg, 2 Delegirte aus einem Ort.
  4. Wahlkreis: Namslau-Brieg, 2 Delegirte aus einem Ort.
  6. Wahlkreis: Ohlau-Strehlen-Nimptsch, 3 Delegirte aus zwei Orten.
  6. u. 7. Wahlkreis: Breslau Stadt, 9 Delegirte aus einem Ort.
  8. Wahlkreis: Breslau-Landkreis-Neumarkt, 4 Delegirte aus zwei Orten.
  9. Wahlkreis: Schneidnitz-Striegau, 4 Delegirte aus zwei Orten.
  10. Wahlkreis: Waldenburg, 5 Delegirte aus fünf Orten.
  11. Wahlkreis: Reichenbach-Neurode, 8 Delegirte aus sechs Orten.
  12. Wahlkreis: Glatz-Habelschwerdt, 1 Delegirter.

Aus dem Regierungsbezirk Breslau: 38 Delegirte aus 21 Orten.

- B. Aus dem Regierungsbezirk Liegnitz:**
1. Wahlkreis: Grünberg-Freystadt, 1 Delegirter.
  2. Wahlkreis: Sagan-Sprottau, 2 Delegirte aus zwei Orten.
  4. Wahlkreis: Lüben-Bunzlau, 1 Delegirter.
  6. Wahlkreis: Liegnitz-Goldberg-Gainau, 7 Delegirte aus drei Orten.
  7. Wahlkreis: Jauer-Landeshut, 2 Delegirte aus zwei Orten.
  8. Wahlkreis: Schönau-Girsberg, 3 Delegirte aus drei Orten.
  9. Wahlkreis: Görlitz, 1 Delegirter.

Aus dem Regierungsbezirk Liegnitz: 17 Delegirte aus 13 Orten.

- C. Aus dem Regierungsbezirk Oppeln:**
5. Wahlkreis: Beuthen-Königshütte, 1 Delegirter.
  8. Wahlkreis: Ratibor, 1 Delegirter.
  9. Wahlkreis: Neobischütz, 1 Delegirter.
  10. Wahlkreis: Leobschütz, 3 Delegirte aus einem Ort.
  11. Wahlkreis: Falkenberg-Grottkau, 1 Delegirter.
  12. Wahlkreis: Neiße, 3 Delegirte aus zwei Orten.
- Aus dem Regierungsbezirk Oppeln: 10 Delegirte aus 7 Orten.

- D. Aus dem Regierungsbezirk Posen:**
- Wahlkreis Rawitsch-Kröben: 2 Delegirte aus einem Ort.
- Wahlkreis Posen: 1 Delegirter.
- Aus Posen 3 Delegirte aus 2 Orten.
- Im Ganzen: 68 Delegirte aus 43 Orten und 25 Wahlkreisen.

**Etwas über Breslaus Armenpflege.** Im November vorigen Jahres, als hier zwischen Freisinnigen und der antisemitisch-ultramontan-konservativen Gegen-Koalition ein harter Kampf um die leer gewordenen Sessel des Stadtverordneten-Kollegiums tobte, da fand eine der lautesten Wortführerinnen der Gegner der seitherigen Majorität einen besonderen Grund zum Tadel in der angeblichen Tatsache, daß die Stadtverwaltung „Unsummen“ auswürfe für das Armenwesen (Vergl. Nr. 10 der Volkswacht vom 13. November 1890.) Aus dem Adelsjargon ins Vernünftige übersetzt würde das nur zu bedeuten haben, daß die Stadtverwaltung ihre Pflicht gegenüber dem wirtschaftlichen Notstande in reichlichstem Maße tut. Prüfen wir aber an der Hand statistischer Angaben, wie hoch sich diese Ausgaben in Breslau belaufen und vergleichen wir damit die Ausgaben anderer Großstädte für den gleichen Zweck.

Was kostet Breslau jährlich die Armenpflege. Antwort: im Jahre 1885 betrug die Summe dieser Ausgaben 1 035 945 Mark. (Die Zahlen sind dem „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte 1. Jahrgang“ entnommen.) Allerdings eine schöne Summe. Was leisteten aber andere große Städte? Berlin, das etwa 5 Mal so groß ist, wirft dafür 8,013,139 Mark aus und Hamburg, das wenig größer als Breslau ist 2,338,421 Mark. Damit man diese Zahlen besser vergleichen könne, ist es nötig zu wissen, wie hoch sich diese Ausgaben im Durchschnitt auf einen Einwohner der Städte belaufen. Da erfährt man, daß pro Einwohner in Breslau 2,97 Mk. für Armenpflege aufgewandt wird, dagegen in Hamburg 4,95 Mk., in Berlin 6,09 Mk., also ganz bedeutend mehr, München giebt dafür allerdings noch etwas weniger als Breslau, nämlich nur 2,71 Mk. pro Kopf der Bevölkerung, dagegen Dresden 5,57 Mk., Leipzig 4,33 Mk., Köln 7 Mk., Frankfurt a. M. 5,33 Mk., Straßburg 7,45 Mk. Ueberhaupt weisen alle deutschen Großstädte höhere Ziffern auf, außer München werden nur Magdeburg und Königsberg ähnlich geringe Summen auf als unsere Stadt. Noch viel weiter sieht Breslau zurück hinter allen anderen größeren Städten, wenn man berechnet, wie viel Unterstützung auf jede einzelne unterstützte Person im Durchschnitt jährlich enthält. Hier:

werden als unterstützte Personen nicht bloß die wirklich Unterstützung beziehenden Personen gerechnet, sondern es werden auch die dadurch mit unterstützten, also z. B. die mit den Familienvorständen zusammenlebenden Ehefrauen und die Kinder unter 14 Jahren als besondere unterstützte Personen gezählt. Es betragen dann die Ordentlichen Ausgaben im Durchschnitt auf eine unterstützte Person in Breslau nur 30 Mk. 60 Pf., während sie in Berlin 91 Mk. 88 Pf., in Hamburg 52 Mk. 53 Pf., in München 94 Mk. 45 Pf., in Dresden 107 Mk. 51 Pf. u. s. w., überall mehr betragen. Von der uns vorliegenden Liste von 44 größeren Städten, die bis auf Potsdam hinabgeht, zeigt keine einzige Stadt eine so geringe Zahl. Auf jede selbst unterstützte Person, also wenn man die mitunterstützten Ehefrauen und Kinder nicht als besondere Personen rechnet, entfallen in Breslau 60 Mk. 62 Pf., in Berlin 145 Mk. 47 Pf., in Hamburg 130 Mk. 90 Pf., in Frankfurt a. M. 180 Mark 6 Pf. u. s. w., kurz, fast überall bedeutend mehr. Das kommt freilich zum Teil daher, daß in Breslau die Zahl der Unterstützten eine ziemlich große ist. Auf 1000 Einwohner fallen nämlich Unterstützte in Berlin 67, in Hamburg 94, in Breslau 97, in München nur 26, in Dresden 52, in Leipzig 54, in Köln 77 u. s. w. Das ist ein Zeichen, daß Breslau verhältnismäßig die ärmste unter allen diesen Großstädten ist, daß es am meisten Unterstützungsbedürftige Blutarmer in seinen Mauern birgt.

Es müßte demnach auch die Unterstützung verhältnismäßig am größten ausfallen. Daß dem nicht so ist, beweisen die ersten von uns angeführten Zahlen, vielmehr stehen die Opfer, welche die Stadtverwaltung für die Armen bringt, hier hinter denen fast allen übrigen Großstädten weit zurück. Wir wollen das hier nur festgestellt haben. Es ist unnötig, hier besonders zu betonen, daß die heut übliche Armenpflege nicht nach unserem Geschmacke ist, daß wir vielmehr der Armut durch soziale Maßregeln im großen Stile wirksam zu steuern vorschlagen würden. So lange das nicht geschieht, ist aber die Armenpflege, wie sie in Breslau besteht, angesichts des hier herrschenden großen Elendes, bei Weitem unzureichend.

Heut ist Fastnacht! Wie ein Ueberbleibsel aus früherer Zeit hat sich dieser Name erhalten, aus der Zeit, wo die katholische Kirche mit ihren strengen Diätvorschriften unbestritten über das ganze Volk herrschte. Aber nicht bloß der Name, auch die Gebräuche haben sich erhalten von der Vergangenheit her, wo heut der letzte Tag war, an dem der Menschheit die unschuldigen Freuden der Geselligkeit erlaubt waren und wo daher dieser Tag noch einmal recht besonders ausgenutzt wurde. In rein katholischen Gegenden ist diese Vergangenheit die vollste Gegenwart.

Unser hiesiger Fürstbischof hat nun eine Fastenordnung erlassen, welche „mit Rücksicht auf die Notlage und die schwierigen Verhältnisse der Gegenwart“ eine mildere ist, wie die ursprünglich von der Kirche festgesetzte. Diese „Milde“ hat übrigens sich schon seit mehreren Jahren gezeigt, sie ist nach unserer Meinung wol eher ein Anzeichen von der Abnahme des Einflusses der Kirche bei den Massen. So schwere Vorschriften, wie ehemals dürfte sich die Kirche gar nicht getrauen zu geben, weil sich dann doch niemand daran kehren würde und auch nicht könnte. Als eigentliches Fasten schreibt sie jetzt für alle Tage der Fastenzeit vor, sich nur einmal am Tage satt essen zu dürfen. Dieses Verbot richtet sich fast ausschließlich an die wohlhabenden Volksklassen. Für den Proletarier, soweit er der katholischen Kirche überhaupt ergeben ist, kann es in der Praxis gar nicht existieren. Entweder er ist ohne Beschäftigung, arbeitslos und dann wäre viel eher ein Gebot oder eine Aufforderung an die Leiter der Ordnung am Platze, solche Maßnahmen zu treffen, daß jeder sich wenigstens einmal täglich satt essen könne. Oder er ist in Arbeit und dann kann er sich an die Fastengebote erst recht nicht halten, weil er keine Arbeit ohne eine richtige Ernährungsweise auf die Dauer nicht leisten kann. Die Kirche weiß das auch und nimmt die handarbeitenden Personen, also die große Mehrzahl, von diesem Fastengebote aus.

Ueber die geplante neue elektrische Straßenbahn Gräbichen-Ring-Scheitnig ist aus dem Verträge-entwurf, welcher dem Stadtverordneten-Kollegium zugegangen ist, folgendes mitzuteilen:

Der Kaufmann Moriz Wehlauf übernimmt den Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn auf folgenden beiden Linien:

- Neuer Kirchhof in Gräbichen — Gräbichener Chaussee — Gräbichenerstraße — Sonnenplatz und weiter: A. Neue Graupenstraße — Graupenstraße — Karlsplatz — Hofmarkt — Schloßstraße — a. Blücherplatz (Nseite) — Ring (Siebenkurfürstenseite) — Oberstraße — Kupferhämdestraße — Neumarkt (Süd- und Nseite) — Alte Sandstraße — Ritterplatz

— und b. Blücherplatz (Süd- und Westseite) Herrenstraße — Burgstraße — Ritterplatz — Neue Sandstraße — Domstraße — Domplatz — Kleine Scheitnigerstraße — Fürstenstraße — Straße nach Leerbeutel bis zu der über den Deichgraben führenden Brücke; und B. Telegraphenstraße — Museumsplatz (Südseite) — Tauenzienstraße — Brüderstraße — Mauritiusplatz — Mauritiusstraße — Straße am Weidenbamm bis zum Beginn des Morgenauer Dammes. Die Stadtgemeinde Breslau erteilt die Genehmigung zum Bau und Betrieb dieser Bahn auf beiden Linien einschließlich der im Zuge derselben liegenden Brücken auf die Dauer von dreißig Jahren. Dem Unternehmer wird die Befugnis erteilt, die Linie „Kirchhof Gräbichen — Brücke nach Leerbeutel“ statt über die Domstraße, Domplatz, Kleine Scheitnigerstraße, Fürstenstraße nach seiner Wahl über die Gneisenaubrücke, Gneisenauplatz, Sternstraße Fürstenstraße zu legen. Falls ferner durch den Nienbergshof eine öffentliche Fahrstraße angelegt wird, soll es dem Unternehmer gestattet sein, die Bahn von dem Karlsplatz aus durch den Nienbergshof nach dem Blücherplatz zu führen und dafür den Betrieb Hofmarkt — Schloßstraße einzustellen. In der Neuen Graupenstraße zwischen Sonnenplatz und Freiburgerstraße, Graupenstraße von der Promenade ab, Schloßstraße und Neue Sandstraße bis über die Dombrücke hinweg wird die Bahn eingeleisig, auf allen übrigen Strecken doppelgleisig gelegt. Auf der Linie „Kirchhof Gräbichen — Brücke nach Leerbeutel“ laufen vom Blücherplatz bis Ritterplatz die beide Geleise nicht nebeneinander in denselben Straßen, sondern getrennt von einander in den oben unter a, b genannten Straßen.

Behufs Herstellung einer bequemen Geleiseführung von der Graupenstraße nach dem Hofmarkt werden die beiden Grundstücke Karlsplatz 1 und Karlsstraße 24 Siebenradeohle 20 von der Stadtgemeinde erworben und freigelegt. Von den hierdurch entstehenden Kosten trägt nach Abzug des darauf zu verrechnenden Erlöses aus dem Abbruch der beiden Häuser die Stadtgemeinde  $\frac{3}{4}$ , der Unternehmer  $\frac{1}{4}$ . Die Verwertung der hinter der festgesetzten Fluchtlinie liegenden Parzelle des Grundstücks Karlsstraße 24 Siebenradeohle 20 bleibt der Stadtgemeinde zu ihren alleinigen Gunsten vorbehalten; der Unternehmer hat auf einen Anteil an dem hieraus zu erzielenden Gewinn keinen Anspruch.

Sollten für die Durchführung der Bahnanlagen in den Straßen etwa noch weitere Arealfreilegungen erforderlich werden, so hat der Unternehmer diese auf eigene Kosten zu bewirken und das freigelegte Terrain dem öffentlichen Verkehr mit zu überlassen.

Für die dem Unternehmer gestattete Benutzung der städtischen Straßen, Plätze und Brücken zum Bau und Betrieb der Bahnanlage einschließlich der Anbringung von Haltestellentafeln erhält die Stadtgemeinde als Mietsentschädigung folgenden Anteil an der jährlichen Gesamt-Bruttoeinnahme des Unternehmers, und zwar bei einer Gesamtbruttoeinnahme

|                              |                     |
|------------------------------|---------------------|
| bis zu 600,000 Mark einschl. | 3,00 pCt. derselben |
| „ 650,000 „                  | 3,75 „              |
| „ 700,000 „                  | 3,50 „              |
| „ 750,000 „                  | 3,75 „              |
| „ 800,000 „                  | 4,00 „              |
| „ 850,000 „                  | 4,25 „              |
| „ 900,000 „                  | 4,50 „              |
| „ 950,000 „                  | 4,75 „              |
| „ 1,000,000 „                | 5,00 „              |

Der Satz von 5 pCt. bleibt auch bei weiter steigender Brutto-Einnahme unverändert. Unternehmer ist berechtigt, während der ersten drei Jahre von Inbetriebsetzung der Linie „Kirchhof Gräbichen — Brücke nach Leerbeutel“ ab den Betrag von je 200,000 (Zweihunderttausend) Mark von der Gesamt-Brutto-Einnahme vorweg in Abzug zu bringen, so daß die Mietsberechnung während dieser Zeit nur von dem Ueberschuß der Gesamt-Bruttoeinnahme erfolgt.

Der hiernach der Stadtgemeinde gebührende Betrag ist vom Unternehmer binnen vierzehn Tagen nach dem jährlichen Geschäftsabluß an die Stadt-Hauptkasse zu zahlen.

Falls Unternehmer auf städtischem Grund und Boden Wartehallen errichten will, hat er hierfür insbesondere zu vereinbarende Mietsentschädigung zu zahlen.

Mit dem Bau der Bahnanlage muß spätestens vier Monate nach Zustellung der letzten behördlichen Genehmigung an den Unternehmer begonnen und der Bau derart gefördert werden, daß der Betrieb der Bahnlinie „Kirchhof Gräbichen — Brücke nach Leerbeutel“ spätestens binnen ein und einhalb Jahren, der der Linie „Kirchhof Gräbichen — Morgenauer Damm“ spätestens binnen zwei Jahren, beides vom Beginn des Baues der Gesamtanlage ab gerechnet, im vollen

Umfange eröffnet wird. Vor Eröffnung des Betriebes werden zwischen dem Magistrat und dem Unternehmer die Fahrpläne, insbesondere die Bestimmungen über Fahrzeiten, Fahrpreise, Fahrgeschwindigkeit, Haltestellen, die Höchstzahl der zu einem Zuge zu vereinigenden Wagen, sowie die sonstigen zur Regelung des Betriebes und des Dienstes erforderlichen Vorschriften festgestellt, vorbehaltlich der nach den Gesetzen erforderlichen Zustimmung der Polizeibehörde. Änderungen dieser Feststellungen darf der Unternehmer nur nach erfolgter Genehmigung des Magistrats eintreten lassen. Grundtätlich wird schon jetzt bestimmt, daß der Fahrpreis für jede auf einer der beiden Linien zwischen deren Endpunkten im Zusammenhange durchfahrene Strecke für jede Person einheitlich zehn Pfennige beträgt. Ermäßigungen dieses Satzes für Kinder unter sechs Jahren bleiben vorbehalten.

Das Gebäude der Versicherungs-Anstalt für Schlesien. Bekanntlich gedenkt die Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt für Schlesien sich ein eigenes Heim zu errichten. Es wird der Neubau eines Gebäudes auf einem zwischen der Charlotten- und Höfchenstraße belegenen Grundstück vorgeschlagen. Das Terrain gehörte der Schlesischen Immobilien-Aktien-Gesellschaft und der Breslauer Baubank, welche es der Anstalt gegen einen bis zum 1. April 1891 zu entrichtenden Kaufpreis von 290 000 Mark überlassen wollen. Von vornherein muß von der Versicherungsanstalt mit 1 200 000 Versicherten gearbeitet werden. Um diese Aufgabe zu bewältigen, sind eine Reihe der verschiedensten Dienststränge für den Ausschuß, den Vorstand, den Vorsitzenden, für die Registratur, Kanzlei, das Rechnungsbureau, die Bureau für Feststellung der Rente, die Kassen- und Vermögensverwaltung, für das statistische Bureau und die Aufbewahrung, sowie Bearbeitung der Quittungskarten nötig. Um gut zu funktionieren, bedarf die Anstalt einer Anzahl von mehr als 60 Beamten. In der Anstalt für Schlesien kommen jährlich etwa 10 332 und täglich etwa 33 Invaliditätsfälle zur Verhandlung. Hierzu treten alsdann noch die vereinzelt Altersversorgungsfälle und die vielen vorübergehenden Invaliditätsversorgungsfälle, welche das Gesetz zuläßt. Eine weitere Belastung für die Anstalt erwächst aus der Prüfung der Aufstellungen des Rechnungsbureaus und der Geltendmachung von Einwendungen gegen Entscheidungen in sämtlichen Invaliditäts- und Altersversorgungsfällen. Vom Januar 1892 an werden jährlich etwa 800 000 oder täglich 2564 Karten zur Prüfung und zum Umtausch eingehen. Da eine Vernichtung der eingekauften Quittungskarten erst nach dem Tode des betreffenden Versicherten zulässig ist, werden etwa 12—14 Millionen Karten aufzubewahren sein. Die Ansammlung der Quittungskarten wird mit Beginn des Jahres 1892 beginnen. Aus diesem Grunde wünscht nach dem „Niederösl. Anz.“ der Vorstand, daß bis zu dieser Zeit der passende Raum beschafft sei. Das vorgeschlagene Grundstück liegt mit einer Seite an einem großen Platz und mit zwei Seiten an zwei der breitesten Straßen Breslaus. Die Größe des Grundstücks ermöglicht die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes, das groß genug sein dürfte, um allen Anforderungen zu entsprechen. (Bresl. Ztg.)

Polizeiliche Meldungen. Verhaftet: vom 6. bis 7. d. M. 34 Personen. — Gefunden: ein vierrädriger Handwagen, dessen rechte vordere Achse gebrochen ist, ein Pelztragen, ein halbseidenes Halstuch, eine drei Meter lange Spannfette. — Ein Dienstmädchen entwendete auf der Fahrt von Morgenau nach Breslau einem Kellner die Taschenuhr. Bald nach der Tat wurde sie jedoch von Gewissensbissen geplagt und warf auf der Stockgasse die Uhr von sich, wo sie ein Nachtwachtmann fand. Das Dienstmädchen wurde verhaftet. — Gestohlen: einem Schlosser auf der Flurstraße ein hölzerner Kinderschützen, einem Dienstmädchen auf der Sadowastraße eine silberne Damenuhr mit Nickelkette. — Gestern wurde eine Frauensperson festgenommen, welche ihrem Brotherrn 10,70 Mk. aus dem Wäsche-spind gestohlen hatte. — Abhanden gekommen: einem Studierenden auf der Kupferschmiedestraße ein Zehnmarsstück, einem Herrn auf der Matthiasstraße ein rotbraunes Lederportemonnaie mit Inhalt, einem Herrn auf der Sternstraße 27 Mk. 50 Pf., in Papier gewickelt, einem Geschäftsreisenden auf der Eisenbahn ein Portemonnaie mit 417 Mk.

Stadtverordneten-Versammlung. Auf der Tagesordnung für die Donnerstag, den 12. Februar, abzuhaltende Sitzung stehen u. a. folgende Vorlagen: Ausschußgutachten über das Schulhaus auf dem Kanonenhofe; Ausschußgutachten über die Lieferung von elektrischem Strom; Bewilligung von 12 000 Mk. zur Ausschattung der neuen Räume für Stadtbibliothek und Stadtbibliothek; Vertrag über Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn; Bewilligung von 20 000 Mk.

zur Bestreitung der Kosten der Installation des elektrischen Lichts im Rathause; Verzichtleistung auf das Schaufee-geld-Erhebungsrecht für die städtischen Schaufeen nach Gräbchen und nach Oswitz und Ransern; Interpellation betreffend den Großschiffahrtsweg durch Breslau.

Der Großschiffahrtsweg durch Breslau. Eine Interpellation des Stadtv. Dr. Eras und Genossen an den Magistrat, die in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung zur Sprache kommt, lautet: „Die Unterzeichneten richten an den Magistrat die Anfrage: 1) Ist es richtig, daß die königliche Staatsregierung im vorigen Sommer der Stadtgemeinde Breslau amtlich hat eröffnet lassen, sie beabsichtige bei Durchführung des Großschiffahrtsweges durch die Stadt nicht nur die Norderoder, sondern auch die Süderoder für den durchgehenden ober-schlesischen Verkehr in Anspruch zu nehmen, und es liege nicht in der Absicht, in einen unmittelbaren Ladeverkehr zwischen Stadt und Strom zu gestatten? 2) Ist eine solche Erklärung im Einklange mit den in den Jahren 1886 und 1888 stattgehabten Verhandlungen zwischen Staatsregierung und Stadtvertretung, und erachtet Magistrat die Stadtgemeinde unter diesen Umständen an das im Jahre 1888 getroffene Abkommen und an die damals ihrerseits übernommenen erheblichen Verpflichtungen noch gebunden? 3) Welche Schritte gedenkt Magistrat zu tun, um die Leistungen der Stadt von der Aufrechterhaltung der Regierungsvorschläge von 1888 abhängig zu machen?“

Stadttheater. Dienstag, den 10. Februar. „Der Hüttenbesitzer.“ Schauspiel in 4 Akten von G. Ohnet. (Philipp Derblay: Herr Leon Rejemann als Gast.) Mittwoch, den 11. Februar: „Die Jüdin.“ Große Oper mit Tanz in 5 Akten von Halevy.

Lobetheater. Montag, Dienstag: „Die Stroh-wittwe.“ Hierauf: „Im Charakter.“

Residenztheater. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: „Die Fledermaus.“ Operette in 3 Akten von Johann Strauß. In Vorbereitung: „Aus bewegter Zeit.“ — Der Bilet-Vorverkauf ist bei H. Langenmayr, Ohlauerstraße, Ecke der Schuhbrücke, von 10 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags.

Paul Scholz Theater. Dienstag, den 10. Februar: Faschings-Vorstellung. Auf vielseitiges Verlangen: „Der Beiter.“ Poffen-Spiel in 3 Akten. Hierauf: Familienkränzen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Volk- und Parodietheater. (Victoria-Theater.) Taschenstraße 31. Dienstag: „Sodoms Ende.“ Dastischen im Bade.“ „Dier Brautwerber.“ — Entree 30 Pfg.

**Breslauer Marktpreise vom 9. Februar per 100 Kilogr.**

|  | gute               |       |       | mittlere      |       |       | geringe Waare |    |    |
|--|--------------------|-------|-------|---------------|-------|-------|---------------|----|----|
|  | höchst niedr.      | M.    | h.    | höchst niedr. | M.    | h.    | höchst niedr. | M. | h. |
| Weizen, weißer                                 | 19,60              | 19,40 | 19,—  | 18,50         | 18,—  | 17,50 |               |    |    |
| Weizen, gelber                                 | 19,50              | 19,30 | 19,—  | 18,50         | 18,—  | 17,50 |               |    |    |
| Haar   | 17,70              | 17,40 | 17,20 | 17,—          | 16,50 | 16,—  |               |    |    |
| Gerste   | 16,60              | 15,90 | 15,—  | 14,50         | 13,90 | 12,90 |               |    |    |
| Haier  | 13,20              | 13,—  | 12,80 | 12,60         | 12,40 | 12,20 |               |    |    |
| Erbsen   | 16,80              | 16,30 | 15,80 | 15,30         | 14,80 | 13,80 |               |    |    |
| Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter          | 0,08—0,09—0,10 Mk. |       |       |               |       |       |               |    |    |
| Heu 230—2,60 Mk. pro 50 Kilogramm.             |                    |       |       |               |       |       |               |    |    |
| Roggenstroh 22,00—24,00 Mk. pro 600 Kilogramm. |                    |       |       |               |       |       |               |    |    |

### Schlesien.

Glaz. Ueber einen interessanten Prozeß wegen eines Wahlvergehens berichtet die „Breslauer Zeitung“: Am 30. September v. J. wurde in Mt-Waltersdorf, Kreis Habelschwerdt, die Wahl eines Gemeindefürstlichen von den stimmberechtigten Wählern des Ortes vorgenommen. In der Gemeinde haben sich in Folge verschiedener Verhältnisse seit langer Zeit zwei Parteien gebildet, so waren auch für die bevorstehende Wahl zwei Kandidaten aufgestellt und zwar von einer Partei der jeitherige Schöffe Bauergutsbesitzer Sandmann, von der anderen der Bauergutsbesitzer Klink. Trotzdem die eine Partei sich die größte Mühe gab, den Kandidaten Klink durchzubringen, gelang dies doch nicht, denn der frühere Schöffe Sandmann ging mit 19 gegen 7 Stimmen siegreich hervor. Ein Wahlmann, ein alter Mann, hatte bei der Wahl sein Augenglas zu Hause gelassen, weshalb er den Häusler Josef Gyner ersuchte, für ihn den Stimmzettel auszufüllen. Gyner, der schon mehrere Zettel ausgefertigt hatte, kam dem Wunsch des alten Mannes nach, und als dieser fragte: „Hast Du auch den Namen Sandmann darauf geschrieben?“, wurde dies von Gyner bejaht, trotzdem derselbe den Namen Klink auf den Zettel geschrieben hatte. Bald nach dem Wahlaft war dies zur Kenntnis des Wahlmannes durch ein Vorstandsmitglied gekommen. Gyner wurde deshalb wegen vorsätzlicher Herbeiführung eines unrichtigen Wahlergebnisses angeklagt. Er gab zu, den Namen Klink unbewußt geschrieben zu haben, da dieser Name fortwährend im Lokal geschrieben worden sei. Der Staatsanwalt hielt die Anklage für erwiesen und beantragte daher zwei Monate Gefängnis; der Gerichts-

hof erachtete aber eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen für genügend, da der Angeklagte bisher noch unbescholten war und sich auch der Tragweite seiner Handlung nicht voll bewußt gewesen sein mag.

Meineid im frommen Oberschlesien. Aus Ratibor wird gemeldet: In der heutigen Verhandlung stand vor den Geschworenen der Häusler Josef Czogalla aus Thurze hiesigen Kreises unter der Beschuldigung, am 29. Mai v. J. vor dem Amtsgericht zu Ratibor wissentlich einen Meineid geleistet zu haben. Die Beweisaufnahme fiel für den Angeklagten so ungünstig aus, daß die Geschworenen die Schuldfrage bejahten. Der Gerichtshof erkannte auf 2 Jahre Zuchthaus.

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7. Februar.

Heirats-Ankündigungen I. Zimmermann Julius Günther, ev., Schweitzerstraße 18, und Jda Mary, ev., daselbst. — Kuscher Karl Weiser, ev., Lange Gasse 26, und Anna Zahn, kath., Weinstraße 1. — III. Kunstgärtner Reinhold Seidemann, ev., zu Kuppine, und Bertha Weiner, ev., Neue Junkernstraße 28. — Müller Ernst Kusche, ev., Gneisenaustraße 2, und Anna Häntke, geb. Schunke, ev., daselbst.

Eheschließungen I. Hilfsweihensteller August Kaske, ev., Spahlitz, mit Karoline Hoffmann, ev., hier. — Telegraphenarbeiter Christian Kammer, ev., mit Maria Firlch, kath., hier. — Buchbinder Otto Kozem, kath., mit Agnes Bedürftig, ev., hier. — Schneidermeister Peter Burgst, kath., mit Elisabeth Stein, ev., hier. — II. Hilfsbremser Paul Kliemka, kath., mit Ottilie Nidel, kath., hier. — Dreher Bruno Krohn, kath., mit Anna Wibe, kath., hier. — Steinbrucker Herrn. Gelbig, kath., mit Jda Kusche, ev., hier. — Insp. Oswald Donnerstag, kath., zu Herdain, mit Helene Winkler, kath., hier. — Schmied Karl Weihenburger, ev., mit Math. Simon, geb. Rogel, ev., hier. — III. Bureauclener Friedrich Neumann, ev., mit Jda Münzberg, kath., hier. — Bahnmeister Aspirant Christian Haupt, ev., mit Jda Wegner, ev., hier. — Hilfsbremser Hugo Maffel, ev., mit Louise Kornau, ev., hier.

Geburten I. Bäudler Oswald Berner, ev., T. — Schuhmacher Josef Kany, kath., S. — Kanzleibeamter Robert Reinfarth, ev., S. — Kaufm. Max Korn, jüd., S. — Arbeiter Hermann Haude, ev., T. — Arb. Johann Melzer, ev., T. — Arbeiter Karl Theufer, kath., T. — Marktallfärner Ernst Gruner, ev., T. — Stellmacher Traugott Heinz, ev., S. — Schmied Maximilian Schmidt, kath., T. — II. Schrift-seher Josef Griefe, kath., S. — Erster Staatsanwalt Alfred v. Rosenberg, kath., S. — Kaufmann Johannes Glühmacher, kath., S. — Handelsmann Hugo Schwarz, ev., S. — Lackierer Joh. Schäfer, kath., T. — Topier Eduard Diebal, ref., S. — Arbeiter Josef Zaechte, kath., S. — Lackierer Emil Hoffmann, ev., S. — Drochsenbesitzer Gottlieb Freitag, ev., S. — III. Kaufmann Richard Nicolaus, ev., S. — Schirmmacher Emil Siepmann, ev., T. — Arbeiter Gottfried Agmann, ev., T. — Tischlermeister Franz Peterilge, kath., T. — Arbeiter Friedrich Kottlieb, ev., S. — Tischler Erdmann Schwarze, ev., S. — Saneider Anton Pallef, kath., S. — Tischler Hermann Stolz, ev., T. — Drechsler Adolf Friemel, kath., S. — Tischler Paul Sprotte, kath., T. — Cigarrenmacher Josef Rosenbera, kath., T. — Arb. Karl Rademacher, ev., S. — Arbeiter August Reichelt, kath., S.

Todesfälle I. Friz, S. des Schuhmanns Heinrich Zobel, 9 Mon. — Näherin Helene Baumberger, 16 J. — Selma, T. des Korbmakers Gottlieb Kahler, 4 J. — Friz, S. des Lederjurichters May Knid, 6 W. — Arbeiter Robert Jänisch, 43 J. — Schneiderin Anna Brandt, 18 J. — II. Früherer Handelsmann Magnus Danziger, 73 J. — Martha, T. des Kürners August Heinz, 2 J. 6 Mon. — Instrumentenbauernwitwe Ernestine Blendowska, geb. Boegelt, 71 J. — Eduard, S. des Bahnarbeiters Josef Lauser, 1 J. 6 Mon. — Ernst, S. des Korfenhneiders Hermann Schöfel, 6 J. — Karl, S. des Arbeiters Wilhelm Zwiergina, 12 W. — III. Emma, T. des Arbeiters Wilhelm Walter, 1 J. — Mauerersfrau Hedwig Benzig, geb. Monert, 65 J. — Gertrud, T. des Drochsenbesizers Hermann Stulne, 8 W. — Robert, S. des Schmieds Eduard Trogisch, 3 W. — Margarethe, T. des Musikers Wilhelm Jung, 1 W. — Fleischermeister August Spizer, 63 J.

### Griechenland.

Breslau. ?-Straße 8. R. stud. theolog. Sparen Sie die Tinte! Bevor Sie deraaleichen schreiben, sollten Sie doch erst irgend ein A-B-C-Buch, welches Ihnen den Uberglauben austreibt und gleichzeitig Ihrem zerrütteten Verstand etwas Halt giebt, gelesen haben.

Erst dann wird man mit Ihnen reden können. Oder sind Sie ein bloßer Streber? —

F. S. Ruffad. Für Bericht über die Unterschlagung, sowie über das verspätete Begräbnis des Kindes ist ja sehr interessant, doch möchten wir nochmals ersuchen, sich genau zu erkundigen, ob alles der Wahrheit entspricht, weil wir sonst uns Beleidigungslagen und eventuell harte Strafen bei es an Geld oder Gefängnis zuziehen. Und das sind solche Lappalien nicht wert. Wir bitten also um Nachricht, ob die gemeldeten Sachen buchstäblich war sind, auch bezüglich der Daten. Dann tragen wir natürlich kein Bedenken die Sache zu veröffentlichen. Berichte sind einzusenden nach Wallstraße 14b, Breslau, Redaktion der „Volkswacht“.

Neurodts R. S. Es kommt ganz darauf an, in welcher Weise das Versprechen gegeben wurde, namentlich ob die Arbeit nur unter der Bedingung aufgenommen wurde, daß am Ende noch 10 Pfg. nachgezahlt würden, ob das also zum Arbeits-Contract gehörte. Ein solches Versprechen ist nicht rechts verbindlich und es muß eine Klage nicht das Geringste. Nur ein Mittel bist da bisweisen, nämlich solche erbärmliche Manipulationen, Betrügereien gar zu an die Deffenlichkeit zu ziehen und oft in der Presse bloß zu stellen. Freilich müssen die zu Grunde liegenden Behauptungen voll und ganz der Wahrheit entsprechen. Schreiben Sie einen Bericht, von dem sie aber jedes Wort verantworten können. — Solche Versprechungen läßt man sich am besten schriftlich geben, dann hat man etwas in Händen, auf Grund dessen man eher vorgehen kann.

Am 8. d. Mts. verschied unser werther Colleague und Genosse Herr

**Adolph Gebauer.**

Sein stets solidarischer Sinn sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

**Verein deutscher Schuhmacher (Zahlstelle Breslau).**

Beerdigung: Mittwoch, Nachmittag 3 Uhr. Trauerhaus: Ohlauer-Stadtgraben No. 22.

**Zur Fastnachts-Feier**

zu Dienstag, den 10. Februar

labet ergebenst ein **Rüster, Restaurateur** Lehndamm 28, (Bahof).

**Gesellschaft und Diskutier-Club Solidarität.**

Mittwoch, den 11. Februar 1891:

**Zusammenkunft**

im Vereinslokal bei Herrn Rüster, Lehndamm 28.

**Tages-Ordnung:**

1. Vorlesung. a) Darwin. b) Irmsinn Eugen Richters. 2. Diskussion. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

**Durch die Expedition der „Schl. Volkswacht“ sind folgende Schriften zu beziehen:**

- Moses oder Darwin? Allen Freunden der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt von Professor Döbel. Port.
- 3. Stern. 3. Aufl. Thesen über den Sozialismus, sein Wesen, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. 30 Pf.
- 2. Richters'se Volks-Fremdwörterbuch. 6. Auflage. Preis, geb. 3 Mk. In 12 Heften à 20 Pf.
- Sichtsprüche der Woche. Gedichtsammlung, ausgewählt v. Max Kegel. Illustrirt von Otto Emil Lau. In Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden. Preis Mk. 3.50.
- Internationale Bibliothek.
- Abeling, Die Darwin'sche Theorie. Gebund. Mk. 2.00.
- Sauts'ch, Marx' ökonomische Lehren. Gebund. Mk. 2.00.
- Köhler, Welterschöpfung und Weltuntergang. 2. Aufl. Gebd. Mk. 3.50.
- Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Aufl. Gebund. Mk. 2.00.
- Sauts'ch, Thomas More. Geb. Mk. 2.50.
- Bebel, Charles Fourier. Geb. Mk. 2.50.
- Schippel, Das moderne Elend. Geb. Mk. 2.00.
- Blas, W., Die französische Revolution. Preis Mk. 4.00. Gebund. Mk. 5.50. Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Bommeli, A., Die Geschichte der Erde. Preis Mk. 4.40. Gebund. Mk. 5.90. Auch in 22 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Dr. W. Zimmermann's Oratorien. Deutscher Bürgerkrieg. Illustr. Preis Mk. 4.00. Erscheinung im Herbst à 20 Pf.
- Sommeli, Georg., Jesus von Nazareth. 13 Aufl. Historische Studie. 30 Pf.
- Sommeli, G., Johannes Kap. 7. Aufg. der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt von Professor Döbel. Port.
- Welterschöpfung und Weltuntergang auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Köhler. Das lebhafteste Entgegenkommen, welches das von der Kritik durchaus günstig beurtheilte Buch gefunden hat, veranlaßte den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu vermehren und da zu berichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft notwendig geworden ist. Ferner sind zum besseren Verständniß weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Sternkarten dem Werke beigegeben worden. Ohne Uebersetzung darf gesagt werden, daß die „Welterschöpfung“ in heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entwicklung von Himmel und Erde zählt, — in der Billigkeit des Preises dürfte es von keinem andern erreicht werden. Die „Welterschöpfung“ ist eine notwendige Ergänzung von Bommeli's „Geschichte der Erde“. Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Welterschöpfung“ in der allgemein beliebten Heftausgabe à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk wird in 15 Lieferungen komplett vorkommen. Probehefte liefert jeder Kolporteur. Der Arbeitersinn und der Achtbunden tag von Karl Kauts'ch. Preis 30 Pf.
- Ein Räthsel von 2000 auf 1887 von Edw. Sellamp. Preis 40 Pf.

**Danksagung.**

Allen meinen Collegen, Freunden und Genossen für die mir bewiesene Teilnahme an dem Tode, sowie der Beerdigung meiner Frau, ebenso den mitwirkenden Sängern sage ich hierdurch meinen aufrichtigsten Dank.

Fritz Keller, Rohrleger.

**Hausbrot**

4 1/2 Pfd. 50 Pfg.

officiert

**Ernst Grabolle,** Lewaldstrasse 13.

**!! Arbeiter !!**

kaufen Wolle Hemden für 1 Mk Arbeitshosen von 2.50-7.- Mk Socken, Blousen, Kravaten, Damen- und Kinderleider reell, dauerhaft und billig nur bei **H. Glauer,** Friedrichstraße 51 vis-à-vis Sabitzstraße.

Allen Freunden und Genossen von **Strehlen** und Umgebung empfehle ich mich als **Sechsmadernermeister.** **Paul Winkler.**

**Hurray!**

beim Schwager Fritz Sperber ist ein kleiner Sozialdemokrat da.

**Sumatra,**

gute, weichbrennende Ceder, à Pfd. 1.80 Mark bis 5.00 Mark, **staubfreie Cras,** à Pfd. 50 Pf., à Ctr. 45 Mark, sowie **sammliche Rohstoffe,** zu billigsten Preisen offerirt **Johannes Kubis,** Griseustraße 1.

**Sozialdemokratisches Liederbuch**

von **Max Kegel**

ist wieder vorrätig in der **Exped. d. Schl. Volksw.**

**Was**

streiten sich die Bau' herum: Wo gute Eisen sind? Schon lang ja weiß das Publikum, wo man sie billig findet. Derührt darin seit alter Zeit **St. Winter's Lager** weit und breit. **Breslau, Große Bräutigangasse 14.**

**Hochfeine Cigarren,**

3 St. 10 Pf., 100 St. 3 Mk. empfiehlt

**Louis Schröter**

Friedrichstr. 64, vis-à-vis der Zimmerstr.

**Gustav Nowak**

Friedrich-Wilhelm-Straße 76 Ecke Königsplatz, 2. Stock, empfiehlt sein großes Lager in Gütern mit Control-Platte, Regenwägen, Kägen für Herren, Damen u. Kinder, Hülsche, Sandstühle, Dosen-träger, Serrentische etc.

**Panicke's Buchdruckerei** mit Schnellpressenbetrieb Ohlauer-Strasse 47 - N. Gasse leistungsfähig für alle Arbeiten bei billigst. Preisen

Im Verlag von **J. H. W. Dietz** in Stuttgart ist soeben erschienen

**Die Frau**

und der

**Sozialismus**

von

**August Bebel.**

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage.

Preis broch. M. 2.—, geb. M. 2.50.

Die früheren Auflagen dieses Buches sind unter dem Titel: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ erschienen und zwar des Sozialistengesetzes wegen in der Schweiz.

Der Verfasser tritt nunmehr mit der vollständig umgearbeiteten, von dem Verbote durch das Sozialistengesetz befreiten Schrift vor das deutsche Publikum.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Bei direktem Bezug durch die Exped. d. Bl. ist das Porto mit 20 Pf. beizufügen.

**Heinrich Heine's sämtliche Werke!**

elegant gebunden Preis 6 Mark.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

**Das Stiftungs-Fest**

des **Vereins deutscher Schuhmacher**

verbunden mit **humoristischen Vorträgen**

findet **Donnerabend, den 14. Februar 1891**

im Etablissement zur „Stadt Ballenstadt“

Schweizerstraße 23, statt.

Entrée Herren 60 Pf. (incl. Dame), einzeln Dame 25 Pf.

Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen

Anfang 8 Uhr.

Das Comité.

**Möbel-Tischlerei**

und Lager selbstgefertigter **Möbel** in allen Holzarten. Allgerichtet zur Ausführung und soliden Preisen empfohlen

**C. Florian & E. Blase,** Tischlermeister.

Friedrich-Carlstrasse 13 u. Kupferschmiede-Strasse 11

**Die Bestrebungen der Socialdemokratie**

belehrt von

**Irmsinn Eugen Richters.**

Eine Streitschrift von **Kurt Fall.**

4 1/2 Bogen stark.

Preis 25 Pfg. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

**Gruppenbilder**

der sozialdemokratischen Reichstagsfraction

— 2. Auflage. —

Preis

**75**

Pfennige.

Bestellungen nehmen alle Kolporteurs sowie auch die Expedition dieses Blattes entgegen.

**Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vorwärts Berliner Volksblatt.**

Erscheint täglich außer Montags.

Man abonniert bei jeder Postanstalt für die Monate

**Februar-März für 2,20 Mk.**

— Eingetragen in der Postzeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6439. —

Expedition Berlin SW, Bentzhofstr. 3.

Probe-Nummern gehen gratis zur Verfügung.